

SachsenZeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsen-Zeitung erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugssatz: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Kioskschulen 1.— Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 7,20 Mark, bei Zustellung durch den Postzettel 1.— Mark zusätzlich. Werbung und Verkauf: Früher: Wilsdruffer Tageblatt

Anzeigenpreis: die 8 geplante Monatsseite 20 Goldpfennig, die 2 geplante Seite der amtlichen Bekanntmachungen 10 Goldpfennig, die 3 geplante Reklameseite im zeitlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachrichtengedächtnis 20 Goldpfennig. Vorgetragene Erklärungen werden nach Möglichkeit bestätigt. Anzeigen werden nach Möglichkeit bis vormittags 10 Uhr eingesetzt. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

für die Richtigkeit der durchgeführten Übernahmen mit keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen wird und der Auftraggeber in Rekurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsbüros entgegen.

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentants Tharandt, Finanzamts Rosenthal u. a.

Nr. 146 — 83. Jahrgang.

Teil-Nr.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Vorstand: Dresden 2010

Mittwoch den 25. Juni 1924

Die englisch-französische Einigung.

Das wichtigste Ergebnis der Reise des neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot zu seinem englischen Kollegen Macdonald ist der Beschluss, Mitte Juli eine Konferenz nach London einzuberufen, zu der die anderen Alliierten eingeladen werden sollen, um "endgültig das Verfahren für die Anwendung des Dawes-Plans festzulegen", wie es in der amtlichen englischen Erklärung heißt.

Man möchte mit "Faust" sprechen: "Hier steck ich schon". Denn es ist doch nicht so ganz unwesentlich, für uns Deutsche wenigstens, ob Deutschland an dieser Konferenz teilnehmen wird oder nicht. Darüber ist aber nur ganz Unbestimmtes gesagt. Die englische Erklärung spricht sich darüber gar nicht aus, und in der sehr viel ausführlicheren französischen wird ausgeführt, daß über diesen Punkt endgültige Beschlüsse nicht gefaßt seien, darüber werde man erst noch einen "Gedankenaustausch" zwischen London, Paris, Brüssel und Rom einleiten. Beschieden wird angekündigt, daß man die Einladung an Deutschland davon abhängig machen will, daß die für die Durchführung des Dawes-Berichts notwendigen deutschen Gesetze so wesentliche Fortschritte in ihrer Bearbeitung im Reichstage machen, daß sich die Ministerpräsidenten über das Maß des von Deutschland beklagten guten Willens ein Urteil bilden können. Der Londoner "Daily Telegraph" hält diese Einladung für notwendig, weil man ja Deutschlands Zustimmung brauche für jene Bestimmungen des Dawes-Plans, die dem Friedensvertrag von Versailles entgegenstehen oder über ihn hinausgehen. Also eine Art Protokoll wie in Spa, wozu man ja auch deutsche Vertreter hinzugezogen hatte; als sich diese allerdings ein Wort der Kritik erlaubten, wurde Lloyd George wild.

Unklar bleibt auch, was die beiden Ministerpräsidenten in der Frage der französischen "Sicherungen" ausgemacht haben. Diese sollen von zweiter Art sein: erstmals die sogenannten "wirtschaftlichen Garantien" für die Ausführung des Dawes-Berichts durch Deutschland, und zweitens die allgemein-politische "Sicherung" Frankreichs Deutschlands gegenüber, die mit der Frage der Militärrkontrolle auf engste zusammenhängt. Um das leichte vorweg zu nehmen, so mag der "Matin" recht haben, daß die Polizeiaufnahme an der Forderung einer militärischen Besitzaufnahme in Deutschland festhält und sie restlos durchgeführt wissen will, und zwar so schnell, daß Macdonald und Herriot, die im September zur Eröffnung der Plenarversammlung des Völkerbundes nach Genf gehen wollen, dort die endgültige deutsche Abschaffung verhindern und dann dem Problem einer allgemeinen Rüstungseinschränkung zu Leibe gehen können. Weit schwieriger aber ist die Behandlung der wirtschaftlichen Garantien gewesen, also der Frage, was geschehen soll, wenn Deutschland die Bestimmungen des Dawes-Berichts nicht "lokal" erfüllt. Die Zeitungen wollen von einer Zusage Macdonalds wissen, daß in einem solchen Falle Großbritannien wie während des Krieges an der Seite seiner Alliierten stehen werde. Abgesehen nur im Falle festgestellter Verstöße gegen Deutschlands. Aber gerade über diese Feststellungen haben wir ja reichlich trübe Erfahrungen; denn bei solchen Feststellungslagen sind ja die Nächte immer gleichzeitig auch die Nächte gewesen.

Herriot scheint nur um den Preis eines intimen englisch-französischen Zusammenganges — eine besondere amtliche Erklärung spricht von einem "act moral", also einer moralischen Übereinkunft — die militärische Bezeichnung des Angriffsgebietes aufzugeben zu wollen, sobald der Dawes-Plan in Wirklichkeit tritt. Wichtigstens behauptet das der "Daily Telegraph", während die amtlichen Mitteilungen sich darüber völlig ausschweigen. Besonders wichtig aber erscheint, daß man — was auch die Ausführungen der Pariser Presse beweisen — völlig im Unklaren ist, wann dieser Zeitpunkt denn überhaupt da ist, von dem der Beginn der militärischen und wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes datieren würde. Wenn alles unvorsichtig gehe, so würde die Räumung in etwa sechs Monaten erfolgen.

Was sich in Chequers aber vor allem angebahnt hat, das ist ein allerengstes Zusammenarbeiten Frankreichs und Englands auf dem Kontinent. Die schroff-kriegerische Pointe erzwang zwar die Gesellschaft Englands, aber sie war oft nicht ganz freiwillig. Herriot ist nachdrückiger gewesen und hat manches zugestanden, was Poincaré in diplomatisch geschillierten Noten verwirterte.

Allerdings hat er nichts Wesentliches eingeräumt und er kann aufsieden sein mit diesem Kondominium Englands und Frankreichs auf dem Festlande. Denn die Zustimmung zum Dawes-Plan schafft den letzten deutschen Widerstand gegen die "Verteilung" Deutschlands, wie man das nach österreichischem Muster nennen kann, also gegen unsere wirtschaftlich-finanzielle Internationalisierung aus und macht uns zu Objekten jener gemeinsamen englisch-französischen Herrschaft. Und der Oberbund, den man dazu als Werkzeug benutzt, weil er ja auch nur ein solches Objekt ist, wird die Kulisse sein, hinter der die wirklichen politischen Kräfte das Spiel der Puppen leiten werden. Wir werden dann wahrscheinlich zu tanzen haben, wie an den Schnüren des Dawes-Berichtes gezogen wird.

An die Industrie und Wirtschaft.

Eine Rede des Reichspräsidenten.

Kredit und Sachverständigenkurator

Dresden, 23. Juni.

Der Reichspräsident, der zur Besichtigung der heutigen Textilindustrie gewidmeten Jahresantrittsrede hier eingetragen ist, hielt bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Festakt eine bedeutsame Ansprache, in der er daran hincivit, daß die deutsche, im besonderen die sächsische Textilindustrie in der Erzeugung hochqualifizierter Arbeit wertvolle Fortschritte erreicht hat. Sie befunde damit den festen Willen, durch gute deutsche Erzeugnisse wieder volle Geltung auf dem Weltmarkt zu erringen. Dieser Wille, den deutschen Export zu steigern, sei lebhaft zu begrüßen, denn die für die deutsche Wirtschaft so lebenswichtige Kreditfrage sei zum erheblichen Teil eine Exportfrage. Mit der Verbreitung der Exportbasis werde sich auch die Ausführung ausländischer Kredite steigern.

"Das Ziel der Belebung unseres industriellen und gewerblichen Lebens werden wir," so erklärte der Reichspräsident weiter, "mit erreichen können durch die Lösung der die Entwicklung unserer Kräfte im Innern und nach außen so schwer bestimmenden internationalen Schwierigkeiten, durch die Öffnung des Weges zum ungehinderten Warenaustausch mit den anderen Völkern und zum

gleichberechtigten freien internationalen Wirtschaftsverkehr. Die Reichsregierung und der Reichstag sehen trock Bedenken gegenüber Einzelheiten in dem Sachverständigenkurator, die Grundlage einer Lösung, die neben der Besteigung der inneren Wirtschaft von drückenden Schranken, neben der Herstellung der Wirtschaftsfreiheit unserer nach Ausfuhr drängenden Industrie, den Weg ins Freie geben kann. Nur in dieser Erwartung können wir es wagen, die großen Lasten zu tragen, die die Durchführung dieses Gutachtens uns allen auferlegen wird."

Der Reichspräsident erörterte dann die Bedeutung der Wirtschaft, die eines der Fundamente des staatlichen und nationalen Lebens bilde, aber nicht Selbstzweck sei. Sie sei vielmehr mit allen anderen schaffenden Kräften eng verschlossen und damit abhängig vom Gedanken oder Wohlgefallen der Nation. Deshalb müsse auch die Wirtschaft vom Gedanken der Sachverständigenkurator beeindruckt sein. Stärker als alle wirtschaftlichen und politischen Gegensätze müsse in allen das Bewußtsein leben, Glieder eines Volles zu sein. Nur so könne das deutsche Volk den harten Weg der Zukunft mit Erfolg gehen. Im Vertrauen auf die Zukunft des deutschen Volkes und seine Aufgabe in der Welt schloß der Reichspräsident mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen: "Hoch Sachsen! Hoch Deutschland!"

Reichskanzler Dr. Marr über Deutschlands Rüstungen

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

Berlin, 21. Juni. Der Berliner Vertreter des Reuters berichtete den Reichskanzler Marr über die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den in den letzten Tagen in einem Teil der französischen und auch der englischen Presse sich häufenden Alarmnachrichten über angebliche deutsche Rüstungen. Der Reichskanzler berichtete unter anderem: Doch in einem großen Staate mit starken innerpolitischen Gegensätzen neben einem Heere von nur 100 000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie für die Erledigung administrativer Aufgaben ein Verwaltungsrat von insgesamt 150 000 Personen erforderlich ist, darf jedem Unbelangen entscheiden. Eine Besetzung für Frankreich bedeutet diese Zahl schon deshalb nicht, weil die Angehörigen dieses Verwaltungsrates für militärische Zwecke gar nicht abkömmlich sind und weil die Polizei mit der Reichswehr nicht die leidliche organische Verbindung hat. Der körperlichen Ausbildung der Jugend in Turn- und Sportvereinen kommt heute durch die Beziehung der allgemeinen Wehrpflicht gewiß eine hohe Bedeutung zu, aber lediglich unter dem Gesichtspunkte der Vollgesundheit und die deutsche Industrie ist nur heute wirklich restlos auf Friedensproduktion umgestellt.

Herriot in Brüssel.

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

Paris, 24. Juni. Herriot, der gestern früh um 8,35 Uhr aus London abreiste, ist gestern nachmittag 5,15 Uhr über Ostende in Brüssel eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von dem Ministerpräsidenten Theunis, dem Außenminister Homanus und dem Bürgermeister von Brüssel sowie einer Reihe von Senatoren und Abgeordneten empfangen. Die Menge brachte Herriot eine degeisterte Ovation dar. Herriot begab sich sofort in die französische Gesandtschaft. Um 7 Uhr wird er programmgemäß von dem König empfangen und sich später mit einer Reihe politischer belgischer Persönlichkeiten unterhalten. Die Aussprache mit Theunis und Homanus dürfte wahrscheinlich erst heute vornimmt im Ministerium des Äußeren beginnen. Vor einer Abreise aus London hatte Herriot eine sehr lange Unterredung mit dem Londoner belgischen Botschafter Meineker.

Französisch-englische Kontrollnote an Deutschland.

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

Paris, 24. Juni. Auf Grund der Auskünfte, die Macdonald und Herriot über die Lage in Deutschland erhalten haben, haben sie am Sonntag beschlossen, an die Reichsregierung eine gemeinsame Note zu richten, um die Ausführung der Interalliierten Militäraufsicht in der von der Botschafterkonferenz verlangten Form zu fordern. Die Note soll bereits am Montag früh der Reichsregierung zugestellt werden.

Einzelheiten über die Kontrollnote.

Paris, 24. Juni. Die Mitteilung, daß Frankreich und England in der Frage der interalliierten Militäraufsicht eine gemeinsame Note an die Reichsregierung richten werde, hat Herriot gestern abend persönlich den alliierten Korrespondenten in Brüssel gemacht. Diese Note wird der deutschen Regierung zugestellt, sobald der Text den einzelnen Ministern bekanntgegeben worden ist und sie ihre Zustimmung dazu ausgedrückt haben. Der Brüsseler Korrespondent des "Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß die Note entweder heute oder morgen dem Reiche mitgeteilt werden wird. Nach der Übermittlung des Schriftstückes werde der Inhalt der Offenbarlichkeit mitgeteilt werden.

Hösch im Ministerrat.

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

Berlin, 24. Juni. Der "Volksanzeiger" berichtet: Nachdem das Reichskabinett gestern nachmittag eine Sitzung abgehalten hat, die sich im wesentlichen mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte, stand in den Abendstunden noch eine Ministerratssitzung statt, in der der deutsche Botschafter in Paris Herr v. Hösch, der dem Außenminister ebenfalls bereits Bericht erstattet hatte, vor den Ministern des Kabinetts über die Lage in Paris und die Auswirkungen der Konferenz von Chèques sprach. Herr v. Hösch wird voraussichtlich bereits heute abend wieder von Berlin nach Paris zurückkehren. Die Besprechungen zwischen dem Reichsminister und dem Botschafter sind selbstverständlich vertraulicher Natur.

Frankreichs Entrüstung über Macdonalds Erklärung

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

Paris, 24. Juni. Die gesetzige Unterhaus-Erklärung Namay Macdonalds wird von der Pariser Presse mit sehr gemischt beurteilt. Die Stelle, wo Macdonald sagt, daß gewisse Verpflichtungen, die sich für Deutschland aus dem Sachverständigenbericht ergeben, nicht den Bestimmungen des Vertrages entsprechen, hat gerade sensatioen gewirkt. Diese Annahme des englischen Ministerpräsidenten wird in gewissen Pariser Kreisen als ein erster Versuch angesehen, eine Berichtigung des Verhältnisses der Beziehungen zwischen dem Reichsminister und dem Botschafter in Frankreich aus dem Standpunkte des Premierministers ergibt.

Wichtige Beschlüsse des italienischen Ministerrates.

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

Paris, 24. Juni. Dem Italienergatt wird aus Rom gemeldet, daß gestern nachmittag in Rom ein Ministerrat stattgefunden hat. In den Wandlungen der Kammer erklärte man, daß im Verlaufe der Beratung beschlossen worden ist, General de Bono, den Oberkommandierenden der faschistischen Miliz vom Ante zu entfernen und ihn durch General Sarra zu ersetzen. Es verlautet auch, daß auch die Umbildung des Kabinetts beschlossen wurde und man ferner die Angliederung der faschistischen Verbände an die reguläre Armee in Erwägung gegeben hat. Rossi, der frühere Director des Pressebüros hat sich den Behörden gestellt.

Offizielle Demission Smuths.

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

London, 24. Juni. Das Kapital wird gemeldet, daß General Smuts offiziell seine Demission ertheilt hat. Der Gouverneur hat den Führer der Nationalisten Herzog mit der Kabinetsbildung beauftragt.

Amerikas europäische Politik.

(Eigener Fernsprechdienst der "Sachsen-Zeitung")

Paris, 24. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Washington wird in Washington offizielle Kreisen zu der wischen Macdonald und Herriot erzielten Verständigung erklärt: Die amerikanische Regierung ertheilt zu jeder Maßnahme ihre Zustimmung, die darauf abzielt, die Ausführung des Sachverständigenplanes zu beschleunigen.

Das Echo von Chequers.

Französische Zurückhaltung.

Paris, 23. Juni.

Alle biesigen Blätter haben in langen Artikeln die Bedeutung der in Chequers stattgefundenen Aussprache hervor. Sie wird zwar als ein Ereignis von großer Tragweite ausgefahrt, läßt aber lange nicht den Enthusiasmus aus, wie in der englischen Presse. Schenbar herrscht die Besorgtheit vor, daß Herrriot dem englischen Premier vorteilige Zugeständnisse gemacht hat. Der allgemeine Eindruck ist aber der, daß es lediglich bei einem Meinungsauftaustausch geblieben ist. Der Berichterstatter des „Internationalen“ verzeichnet immerhin die in ernsthaften Londoner Kreisen verbreitete Aussprache, daß Ramsay Macdonald Herrriot in unzweideutiger Weise gefragt habe, ob Frankreich die Ruhr räumen wolle oder nicht, damit der Sachverständigenplan endlich verwirklicht werden könne. In England sind man auf dem Standpunkt, daß der Sachverständigenplan die Räumung der Ruhr geradezu gebietet, während nach der französischen Aussprache die Sachverständigen lediglich zur Räumung der Ruhr angeraten haben. Weiter habe Ramsay Macdonald an Herrriot die Frage gerichtet, ob er mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund einverstanden sei. In diesem Falle würden das Sicherungsproblem und alle militärischen Fragen vor den Völkerbund gebracht werden.

London, 23. Juni.

Das Blatt der englischen Arbeiterpartei und Organ Macdonalds, der „Daily Herald“ zeigt in seiner Befreiung der Zusammenkunft deutlich, daß der englische Ministerpräsident sich von den Deutschen Herrrots über die „Verteidigung der Weltdemokratie“ durch die Entente hat umjagen lassen. Der „Daily Herald“ schreibt: Herrriot und Ramsay Macdonald haben stets einen Unterschied zwischen der deutschen Demokratie und den deutschen Reaktionären gemacht. Sie sind bereit, der deutschen Demokratie gegenüber großzügig zu verfahren. Sollte es aber den Nationalisten gelingen, die deutsche Regierung zu beherrschen, so wird sich die Haltung der Alliierten wesentlich verändern. England und Frankreich, um es kurz zu sagen, werden so weit wie möglich geben, um ein freundliches Übereinkommen zu erreichen, und sie hoffen, daß Deutschland ihnen so weit wie möglich entgegenkommen wird. Der „New York Herald“ meldet, daß die Vereinigten Staaten zu der interalliierten Konferenz am 16. Juli in London offiziell eingeladen werden sollen. In Washington wird mitgeteilt, daß die französische und britische Regierung erfreut sein würden, wenn der General Dawes persönlich der Konferenz beiwohnen würde.

Ahnahme der Kontrollnote.

Hoesch in Berlin.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoesch, ist am Sonntag im Berlin eingetroffen, um über seine Verhandlungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Herrriot Bericht zu erläutern. Er hatte noch im Verlauf des Sonntags eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. Stresemann, dem er eingehend von seinen Verhandlungen in Paris und von seinen Eindrücken berichtete.

Herr von Hoesch bleibt nur ganz kurz Zeit in Berlin und wird bereits in den ersten Tagen dieser Woche nach Paris zurückreisen. Es ist anzunehmen, daß er gewisse Erklärungen der Reichsregierung einzunehmen kann.

Am Montag hat nämlich über die Beantwortung der Militärkontrollnote eine zweite Ressortbesprechung stattgefunden; deren Ergebnis wird einem in den nächsten Tagen abzuhandelnden Kabinettssrat vorgelegt, der sich dann über die Antwort schriftlich zu machen haben wird. Es ist zweifellos, daß eine zustimmende Erklärung der Reichsregierung zu laufen kommt; die Erörterungen, die notwendig vorangegangen müssen, haben wohl weniger die grundsätzliche Seite der Frage als vielmehr die Feststellung der Form zum Ziel, in der sich nach deutscher Ansicht die Revision vollziehen müßte, um unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden, wie sie bei den letzten Revisionen aus der begreiflichen Erregung der Bevölkerung erwachsen sind.

Man will Beweismaterial haben.

Französisch-belgische Haussuchungen.

Paris, 22. Juni.

Eine havas-Meldung aus Düsseldorf besagt, daß die Besetzungsbehörden in den letzten Tagen eine neue groß angelegte Polizeiaktion vorgenommen haben. Insgesamt seien im Gebiet der französischen Zone 260 Haussuchungen bei den „hervorragendsten Mitgliedern der nationalen Geheimverbände“ erfolgt. Es seien wichtige Dokumente zutage gefordert, die Aufschlüsse über die Tätigkeit der Geheimverbände enthielten und zu

40 Verhaftungen

führten. Ihrerseits seien auch die belgischen Behörden zu einer großangelegten Polizeioperation geschriften. In ungefähr 100 Wohnungen wurden Nachforschungen abgehalten. Die beschlagnahmten Dokumente seien einwandfrei die geheimen Vorbereitungen Deutschlands zum Kriege (1) ergeben. Mehrere Personen wurden verhaftet. Außer den beschlagnahmten Dokumenten sei eine große Menge Waren und Kriegsmaterial beschlagnahmt worden.

Kleine Nachrichten

Der Einbruch in die Weimarer Fürstengruft.

Berlin, 23. Juni. Eine gemeingefährliche Bande, die es plötzlich auf die Verhandlung von Fürstengräften abgesehen und bereits die Fürstengröße in Weimar sowie die Grabstätte Molles beigesucht hatte, hatte sich hier vor dem großen Schlossergericht zu verantworten. Fünf Angeklagte wurden zu Buchtausstrafen von vier bis zu acht Jahren verurteilt, während die übrigen Angeklagten freigesprochen oder zu geringfügigen Strafen verurteilt wurden.

Negierungsbildung in Bayern.

München, 23. Juni. Heute vormittag wurden im Landtag die interparlamentarischen Verhandlungen über die Negierungsbildung fortgesetzt. Die Verhandlungen näherten sich, wie in parlamentarischen Kreisen angenommen wird, dem Abschluß.

Die Fraktion der Vereinigten Nationalen Rechten will jetzt in einer besonderen Sitzung zu der Personenfrage Stellung nehmen.

Große Unwetterschäden in Bayern.

München, 23. Juni. Ein furchtbare Unwetter ging über die Gegend von Schongau und Peißenberg nieder. Wollenbrücke und Holzschlag vernichteten die Seitenebenen im Ausmaß von 80 bis 100 %. Die Ortschaften standen zeitweise ein Meter unter Wasser. Mächtige Geröllmassen haben das Elektrizitätswerk Steingaden zum Stillstand gebracht. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer.

Rückkehr des Regierungspräsidenten der Pfalz.

Speyer, 23. Juni. Dem Regierungspräsidenten der Pfalz, Mathäus, zurzeit in Heidelberg, wurde von der Rheinlandkommission die Erlaubnis zur Rückkehr und zur Wiederaufnahme des Dienstes ertheilt. Er wird die Amtsführung der Regierung in Speyer wieder übernehmen.

Verhaftung von Kommunistenführern.

Ingolstadt, 23. Juni. Gestern wurden hier mehrere Kommunistenführer verhaftet, die an einer geheimen Versammlung teilgenommen hatten. Die Verhafteten sind unter dem Verdacht der Weiterführung der verbotenen kommunistischen Partei dem Richter übergeben worden.

Schweres Automobilunglück.

Bielefeld, 23. Juni. Ein schweres Automobilunglück hat sich in der vergangenen Nacht auf der Herforder Chaussee zugetragen. Drei Plätze der Rennfahrt eines von Herford kommenden mit sechs Personen besetzten Autos. Der Wagen überdauerte. Direktor Birba, der Leiter der Stadt Handwerks- und Kunstgewerbeschule, wurde so ungünstig aus dem Wagen geschleudert, daß er das Genick brach und sofort tot war. Die anderen Insassen des Wagens wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Rollens starker Arm.

Paris, 23. Juni. „Echo de Paris“ teilt mit, daß General Nollet in seiner Eigenschaft als Kriegsminister dem General Martin verboten habe, den Vorstoß bei einer Zusammenkunft des Verbands früherer Frontkämpfer zu führen. Die Versammlung habe insgesamt beschlossen, eine Protestnote an die Regierung zu richten. „Echo de Paris“ glaubt, daß die gegen den General Martin getroffene Maßnahme juristisch sicher sei auf daß Mißvergnügen, daß in radikalen Kreisen verursacht wurde, als längst Petain vor einer Gruppe früherer Frontkämpfer über die „deutsche Gefahr“ sprach. Nollet habe auf Veranlassung von Herrriot nicht zugegeben, daß eine derartige Manifestation aussichtslos sei.

Vom König zum — Kaufmann.

London, 23. Juni. Pariser Meldungen folgen reiste am Sonnabend der entthronte König Georg von Griechenland von Bularach nach Frankreich ab, um dort eine laufmännische Stellung anzunehmen, die sich in Einstellung mit seinem Stand bringen läßt. (Was das wohl sein mag?)

Kein russisch-japanischer Geheimvertrag.

Tokio, 23. Juni. Das japanische Auswärtige Amt bestreitet die Gerüchte über einen russisch-japanischen Geheimvertrag, der Japan Ölkonzessionen in Sachalin zuerkenne, wogegen Japan Russland alte japanische Kriegsschiffe zur Versiegung stellen soll.

Tagesneuigkeiten

Die Pressegatung in Königsberg. Der Reichsverband der deutschen Presse trat auf seiner Tagung in Königsberg i. Pr. in einer Entschließung für ein Journalistengefege ein. Einstimig angenommen wurde ein Antrag, der die Sicherung der Mediatoren gegen die Folgen von Alter und Invalidität fordert. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden Baeder (Berlin), Freund (München), Kaiser (Ebersfeld) und Neumann (Berlin).

Für den Ausbau der ländlichen Krankenstellen. In Bamberg wurde auf dem Verbandstag des Allgemeinen Verbands Deutscher Landkrankenstellen, an dem sich auch die Reichs- und Landesbehörden beteiligten, in einer Entschließung von der Regierung Förderung der ländlichen Pflegestationen gefordert. Als Ort der nächsten Tagung wurde Kiel gewählt.

Die „Berolina“ verhaftet. Eine Schwindlerin, die wegen ihrer imposanten Figur den Spitznamen „Berolina“ hat, ist von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Ihr letztes Opfer war eine Hamburgerin, von der die „Berolina“ Brillenschmuck im Werte von 50 000 Goldmark sowie Bargeld im Betrage von 100 000 Mark erbeutete.

Eine 62jährige Studentin. Unter den neuen Kandidaten, die augenblicklich an der Frankfurter Universität die Klausuren für die erste juristische Prüfung antreten, befindet sich auch eine 62jährige Dame, die das Rearendexamen ablegen will. Das dürfte wohl in Deutschland ziemlich einzigartig sein.

Verhaftung und Entlastung des Dr. v. Schiele. In Dresden wurde der aus den Kapp-Tagen bekannte Dr. Schiele - Raumburg auf Grund eines Festnahmeverfahrens vom Jahre 1920 vom Hotel weg verhaftet, nach mehrstündigem Haft aber wieder freigelassen.

Der Tiger ist los! Infolge der Unachtsamkeit eines Wärters ist der Königstiger des Dresdener Zoo ausgebrochen. Er verlor sich aber, wie das an die Gesangskunst gewöhnte Raubtiere stets tun, in einem Bereich, wo er bald entdeckt und dingfest gemacht werden konnte.

Verhängnisvoller Übermut. In einer Badeanstalt in Frankfurt a. M. stießen aus Übermut zwei Herren die Tänzerin Sinetta Marelli in das Bassin für Schwimmer. Die Tänzerin erlitt einen Herzschlag und wurde als Leiche aus dem Wasser gezogen. Die beiden Täter wurden verhaftet.

Sein dreijähriges Kind ertrankt. An der Niederrader Schule bei Frankfurt a. M. wurde die Leiche eines dreijährigen Kindes gefunden. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, ist das Kind von seinem eigenen Vater, dem Arbeiter Schlaß, zunächst bestäubt und dann ins Wasser geworfen worden.

Zwei Mädchen vom Blitz erschlagen. In der Nähe von Hartberg wurden zwei junge Mädchen, die mit mehreren anderen Personen vor einem Gewitter Schutzsuchten, vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet. Ein Knabe wurde bestäubt.

Sonderburg - dänische Universitätsstadt. Dänischen Zeitungen zufolge soll die für Südtirol geplante dänische Universität ihren Sitz in der ehemals deutschen Stadt Sonderburg erhalten.

Weltkongress der Reklamefachleute. In der Zeit vom 14. bis 19. Juli d. J. findet in London ein Kongress der Reklamefachleute der ganzen Welt statt. Der Verband Deutscher Reklamefachleute ist ebenfalls aufge-

fordert worden, teilzunehmen. Das Programm der Tagung ist sehr reichhaltig.

Deutsche Buchausstellung in Spanien. Die von Prof. Mathey - Leipzig organisierte deutsche Buchausstellung in Spanien ist durch den deutschen Botschafter in Madrid eröffnet worden.

Der König von England und die Cowboys von Wembly. Während der Wettkämpfe der Cowboys in Wembly, wo die britische Weltausstellung stattfindet, haben sich so viele Unfälle ereignet, daß die Ausstellungleitung besonders gefährliche Teile der Kämpfe einstellt. Fast jeden Tag brachen mehrere Tiere bei der grausamen Jagd die Beine und mußten gelöst werden. Diese Vorfälle riefen hier solche Erregung hervor, daß der König in Tierschutzverein Lage gegen die Tierquälerei erhob. Der Leiter der Wettkämpfe bestreitet der Ausstellungleitung das Recht, die kontraktlich vereinbarten Unternehmen abzusagen. Die Cowboys selbst behaupten, daß ein Hindernisrennen (1) viel grauauer sei als die Tierfesselung.

Radio am Ende der Welt. Im Dorf Kawawosar an der Murr anfüllte, das alljährlich sechs Monate hindurch von aller Welt abgeschaut ist, hat die Sowjetregierung einen Radiosänger aufgestellt, der sogar eine unterbrochene Verbindung mit dem Ausland ermöglicht.

Ein Schiff mit 77 Mann gesunken. Der englische Damnyer „Clan Macmillan“ ist auf dem Wege von Madras nach Rangoon in einem Typhon mit 77 Mann Besatzung gesunken.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Hier wurde ein Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen „Franz“ (Angestammte des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments) errichtet.

Berlin. Im Alter von 67 Jahren starb hier der Börsen-Direktor der Deutschen Bank, Paul Kleiwitz, eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Berliner Börse.

Berlin. Auf der Rennbahn Karlshorst wurde eine jüngere Frau erschossen aufgefunden. Es liegt Raubmord vor.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 24. Juni 1924.

Merkblatt für den 25. Juni 1924.

Sonnenauftgang 8^h Mondaufgang 12^h R.

Sonnenuntergang 8^h Monduntergang 1^h R.

1530 Die Augsburgische Konfession wird auf dem Reichstag zu Augsburg vor Karl V. verlesen. — 1822 Dichter G. L. Hoffmann gest. — 1861 Physiker Walter Nernst geb. — 1912 Walter Lawrence Alma-Deumer gest. — 1919 Rücktritt des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Beschlüsse des Gesamtministeriums.

Nach längeren schwierigen Verhandlungen ist es in der Frage der Auseinandersetzung mit dem vormaligen Königshause zu einer Vereinbarung gekommen, die vom Gesamtministerium in seiner Sitzung vom 20. Juni genehmigt worden ist. Die Angelegenheit wird nun im Reichstag des Landtages weiter verarbeitet werden. In der neuen Vereinbarung ist der Gedanke der Kulturstiftung wieder aufgenommen worden; es ist über eine Anzahl von Kulturstiftungen entschieden, über die durch einfache Beschlüsse des Landtages der Staat frei verfügen kann. Die in der früheren Vorlage vorgenommene Abfindung von 14 Millionen Papiermark ist auf 300 000 Goldmark aufgewertet worden. Die Selundogenitur ist aus dem Abfindungsvertrag herausgenommen worden und kommt nicht zur Ablösung. Dagegen ist bis zum Jahre 1928 eine Vereinbarung getroffen über die Höhe der jährlich zu zahlenden Rente. — Weiter wurden verabschiedet der Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes und eines Gesetzes über die Wahlen zur Landwirtschaftskammer, der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ausgabe von Roggenrentensteinen durch die Landeskulturrentenbank, der Entwurf eines Gesetzes über Holzschläge und Wiederauflösungen in nichtstaatlichen Waldungen, der Entwurf eines Gesetzes über den Bezugszuschlag und die Stundungszinsen und der Entwurf eines Gesetzes über den Bezirksausschuß bei der Amtshauptmannschaft Dresden. Dieser Entwurf bestimmt, daß längstens bis zum 30. September 1924 der Bezirksausschuß für die Amtshauptmannschaft Dresden zu wählen ist, die am 1. Juli durch die Zusammenlegung der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Neustadt gebildet wird. Schließlich wurde eine Vorlage an den Landtag beschlossen, wonach außerhalb des Rahmens des Ests 1½ Millionen Goldmark zur Beschaffung von Kraftwagen für den Betrieb von staatlichen Kraftwagen auf den früheren staatlichen Linien bewilligt werden sollen.

Heimatfest. Für das Festspiel am Sonntag auf dem Marktplatz werden eine Anzahl Sitzplätze zur Verfügung gestellt. Es wird empfohlen, sich die Plätze im voraus zu sichern. Herr Kaufmann Adam hat den Vorverkauf eröffnet. Abreise im Anzettel.

Schul- und Kinderfest. Am Mittwoch, den 2. Juli, wollen wir auf der Wiese draußen vor dem Rath mit unseren Kindern ein fröhliches Fest feiern, wollen eigener Jugend in dem Lärm der kleinen und Großen geboten und alle Sorgen des grauen Alltags vergessen. Ein Kinderfest mit Kletterstangen, Topfschlägen, Sachbüchern, mit Tänzen und Gesängen, Kasperle, Knadwüschen und Fischchenklemme. Dazu bedarf es der Mittel. Der Stadtwalter strafft die Hand um den Hals des Beutels. Bringen wir's selber mit! Wer ein Scherlein oder eine Gabe dazu beitragen will, der leiste sie zur Schule. Die Lehrerschaft nimmt sie dankbar entgegen.

Über „Kreditnot und Kredithilfe“ sprach gestern in einer vom Ortsausschuß des Handwerks nach dem „Aldor“ einberufenen und von Handwerkern und Kleinbürgern gut besuchten Versammlung Herr Dr. Hans Zimmer (Dresden). In florierenden Worten behandelte er zunächst die allgemeinen Gesichtspunkte, die zur Schaffung der sogenannten Sachsenlaune drängten. Während die Landwirtschaft im Reiche auf Grund ihrer Unterlagen 845 Millionen Mark Kredit leitens der Reichsbank erhalten habe, waren für das Handwerk in Sachsen nur ganze 700 000 M. übrig, weil es keine Kreditunterlagen aufzuweisen hatte. Nur durch Schaffung von Kreditunterlagen aus eigener Kraft sei an den Geldstrom des Reiches heranzukommen. Deshalb erwähnt für alle Angehörigen von Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel die Wohl, im Interesse der Selbstförderung Anteile zu zeichnen, soviel es ihnen nur möglich ist. Am Schluß seiner Ausführungen streifte der Redner noch eine Reihe einzelner Fragen und wurde mit herzlichem Beifall belohnt. Eine große Zahl Anteile wurden schon in der Versammlung gezeichnet. Da einen Arbeitsausschuß zur Förderung der Soziale wurden gewählt

je ein Vertreter der Fischerei, der Schmiedeinnung und des Berges. Über „Kreditnot und Kredithilfe“ sprach gestern in einer vom Ortsausschuß des Handwerks nach dem „Aldor“ einberufenen und von Handwerkern und Kleinbürgern gut besuchten Versammlung Herr Dr. Hans Zimmer (Dresden). In florierenden Worten behandelte er zunächst die allgemeinen Gesichtspunkte, die zur Schaffung der sogenannten Sachsenlaune drängten. Während die Landwirtschaft im Reiche auf Grund ihrer Unterlagen 845 Millionen Mark Kredit leitens der Reichsbank erhalten habe, waren für das Handwerk in Sachsen nur ganze 700 000 M. übrig, weil es keine Kreditunterlagen aufzuweisen hatte. Nur durch Schaffung von Kreditunterlagen aus eigener Kraft sei an den Geldstrom des Reiches heranzukommen. Deshalb erwähnt für alle Angehörigen von Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel die Wohl, im Interesse der Selbstförderung Anteile zu zeichnen, soviel es ihnen nur möglich ist. Am Schluß seiner Ausführungen streifte der Redner noch eine Reihe einzelner Fragen und wurde mit herzlichem Beifall belohnt. Eine große Zahl Anteile wurden schon in der Versammlung gezeichnet. Da einen Arbeitsausschuß zur Förderung der Soziale wurden gewählt

der
Prof.
lung
Adrid
abhy.
e m-
sich
beden
die
diese
haupt-
eiter-
rech-
gen.
e (1)
an
hin-
gle-
un-
ische
von
ann
iege-
rode-
sen-
der
eine
ub-
A.
hs-
T-
des
in
igen
vom
ge-
bis-
der
eder
er-
anges
oor-
auf
tur-
den
928
jah-
nes
die
bes-
zen-
ours
in
den
ines
an-
bis
ns-
rach-
Alt-
des
ung
auf
olay
mp-
torg
wie
zoh-
nen
sen-
um-
er-
fie-
ve.
vom
Dr.
han-
ung
haji
edit
in
ter-
on-
ert,
pol-
use
ner
An-
men-
ahl
der

eins für Handel und Gewerbe, außerdem Herr Willy Biener als Vorsitzender des Ortsausschusses. Der letztere gibt auch sonstigen Interessenten der Sache jederzeit gern Auskunft.

Gemeines Vol. In den letzten acht Tagen haben Unbekannte den Garten der Frau verw. Spindler, Löbtauer Straße, beim Gesuch und Erbdeeren gehoben. In der vergangenen Nacht sind dieselben dort wieder eingedrungen und haben sämtliche Rosen, Gladiolen usw. geföhlt und niedergestreut. Die Tat ist um so verwerflicher, weil Frau Spindler diese Blumen zur Schmückung des Sarges ihres verstorbenen Mannes verwendet hatte. Als Täter kommen annehmbar nur Bewohner aus Wilsdruff in Frage, die aus dem Verlauf der Blumen ein Geschäft machen und auch die Diebstähle in der Baumschule ausgeführt haben. Einige Wahrnehmungen wollte man der Gendarmerie melden.

Vorsicht vor einem Unhold! In Marieney (Vogtland) hat ein unbekannter Mann im Alter von etwa 60 Jahren, von schwächtiger Statur, 150 bis 153 Zentimeter groß, der kleinen Spitzbart und Brille trug und angegeben hat, er sei der 1890 zu Beiersfeld geborene Schäfer Emil Erdmann Georgi, bei zwei Mädchen im Alter von 14½ und 13½ Jahren (!) Abreißungen vorgenommen und im teilweisen Einverständnis der Eltern sich einige Tage bei den Mädchen aufzuhalten und auch noch intime Verfehl mit ihnen gespielt hat, entsprachen nicht den Tatsachen. Es wird vermutet, daß er sich im Lande umhertrieb, vornehmlich bei Landwirten mit Töchtern nach Arbeit fragt, als Wohlfänger oder Handelsleiter austritt und angibt, er könne Blutsstunden bestimmen und auf diese Weise heimliches Unterkommen finden. Es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Landesverband sächsischer Schlosserinnungen. Am Sonntag, den 29. Juni, findet im "Hamburger Hof" in Meissen der ordentliche Verbandstag des Landesverbandes sächsischer Schlosserinnungen statt. Am Abend vorher wird die Obermeistertagung abgehalten.

R.-A. Helsingdorf. (Gungdo.) Am 14. Juni abends 8 Uhr sind im Lohschelchen Gasthof in Helsingdorf der 1. Gesellschaftsabend des dortigen Jungdeutschen Ordens statt, der sich mit Fragen beschäftigte, die dem Aufbau des Vereins gewidmet waren. Ein Guest wird als neues Mitglied vom Gesellmeister mittels Handschlags in Pflicht genommen. Mit dem Ordensstiel und einem Wort für treudeutsches Wesen und Wirklichkeit schloß die Versammlung. Treudeutsch allerwohl!

Mohorn. (Heuer.) Sonnabend kurz vor 12 Uhr mittags verbründete, wie bereits gemeldet, die Gloden Heuer. Es brannte das Seitenwohngebäude vom Erzengel Michael. Bei dem Rechtsanwalt Dr. Heine. Der Mieter, Siegelerbeiter Hensel, befand sich auf Arbeit, während die Ehefrau mit ihrer Häuslichkeit zu tun hatte. Den Brand soll das zweijährige Kind Hensels verursacht haben, das im Schlafzimmer ein Sölkchen anbrannte, so daß das Bett sich schnell entzündete. Das Grundstück brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder; der größte Teil der Habe konnte durch die Mohorner Wehr gerettet werden. Die obdachlosen Eltern mit ihrer Kinderchor werden sicherlich bald Unterstützen finden. Das abgebrannte Grundstück sollte sowieso in späteren Jahren abgetragen werden.

Mohorn. (Bahnspflege.) Bezirkszahnarzt Dr. Prager wird kommenden Mittwoch die Kinder beider Schulen in der Hilfsschule, Schule zu Grumb, zahnärztlich behandeln.

Wetterbericht.

Heiter bis wolkig, nematische Temperaturen, mäßige nordwestliche bis westliche Winde.

Sachsen und Nachbarschaft

Besuch des Reichspräsidenten in Dresden

Reichspräsident Ebert traf gestern vormittag 11 Uhr 22 Minuten mit dem fahrräumlichen Schnellzuge auf dem Dresdener Hauptbahnhof ein. In seiner Begleitung befand sich Reichswehrminister Dr. Gehler. Auf dem Bahnsteig waren Ministerheldt, Wehrkreiscommandeur General Müller, Oberbürgermeister Blüher, die übrigen in Dresden anwesenden Generäle, sowie die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden erschienen. Als der Reichspräsident das Bahnhofsgebäude verließ, intonierte die Reichswehrsparte die Nationalhymne. Unter ihren Klängen schritt der Präsident die Front der Chrestomatie ab. Darauf begab er sich in Begleitung des Ministerpräsidenten Heldt im Automobil nach der Tiefbauanstaltung. Die übrigen Herren des Gefolges, darunter auch der sächsische Gesandt in Berlin, Dr. Grädauer, folgten ebenfalls im Automobilen. In der Ausstellung fand nach kurzer Begrüßung durch die Ausstellungseleitung ein Rundgang statt, bei welchem der Reichspräsident wiederholte seiner Bewunderung über die glänzende Ausstellung Ausdruck verlieh. Nach einem einfachen Frühstück für dreißig Personen unternahm der Reichspräsident mit seiner Begleitung eine Automobilfahrt nach der Festung Königstein. Von dort aus erfolgte die Rückfahrt in Automobilen nach dem Bahnhof Dresden-Reußstadt und abends 7 Uhr die Rückreise nach Berlin.

Arnsdorf. (Waldfest.) Am vergangenen Sonntag fand im Karlswald bei Arnsdorf das um acht Tage wegen ungünstigem Wetter verschobene große Waldfest im wüsten Dorf Reinhardswalde statt zur Erinnerung an das im Jahre 1424, also vor 500 Jahren, durch die Hussiten zerstörte Dorf gleichen Namens. Ausführende Vereine waren die Gesangsvereine von Arnsdorf, Hösbach, Wilsdorf, Kleinwolmsdorf, der Turnverein Arnsdorf und die Jugend von Arnsdorf und Kleinwolmsdorf. Die Hauptheiligung datte in anerkannter Weise Herr Oberlehrer Konrad Götzner (Arnsdorf) überkommen. Ein reichhaltiges Programm von 20 Nummern füllte den ganzen Nachmittag aus und eine sehr große Zuschauerschar — man

konnte sie auf 3000 bis 4000 Menschen einschätzen — hielt standhaft aus bis zum Ende trotz mangelnder Zigaretten. Die empfundene Gedichtvorträge führten hin zum Höhepunkt des Tages, zum Festspiel: „Die Geisterhochzeit von Reinhardswalde“, einem tieferegreissen, alte Herzen rührenden, furchtigen Spiel, bei dem alle Darsteller ihr Bestes zu leisten bemüht waren und auch mit gutem Erfolg. Heimatliebe wollte die Veranstaltung in aller Herzen, seien es Darsteller oder Zuschauer gewesen, erweden und auf neue fröhliche. Es ist gelungen, nicht nur durch die schönen dargebotenen Heimatlieder, sondern auch durch alle anderen Darbietungen. Herzlichen Dank hierfür Herrn Oberlehrer Götzner und allen seinen treuen Helfern und Mitarbeitern.

t. Liebelthal. (Sängerverein.) Der Männergesangverein unseres Nachbarortes Graupa konnte am letzten Sonntag sein 57. Geburtstag feiern, und zwar war dasselbe mit Fahnenausweise verbunden. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Tatsache, daß noch einer von den Gründern des Vereins jüngst war. Es handelt sich um den Wirtschaftsbesitzer Große, der trotz seiner 78 Jahre den Verein als ehrenhafter Vorstand leitet und ihn durch seinen fröhlichen Tenor als aktives Mitglied unterstützt. Der Vorsitzende des Elbgau-Sängerbundes, „Vater Leiberg“, batte es sich deshalb nicht nehmen lassen, dem teuren Sänger die Ehrendenkmünze in Gold zu überreichen.

Pirna. (Bootsunfall.) Am Freitag abend lenkte bei der Pirna-Cophei Uebersähre ein mit drei Personen besetztes Boot, das auf das Seil der Uebersähre geraten war. Die Insassen wurden gerettet.

n. Klingenberg. (Chungo. — Bauverein.) An seinem 70. Geburtstag wurde der hiesige Fabrikbesitzer Wilhelm Mohr sen. zum Ehren-Branddirektor ernannt. — Hier wurde lebhaft ein Sport- und Bauverein gegründet. Es traten ihm schon viele bei. Man hofft, noch dieses Jahr ein neues Haus errichten zu können.

Zittau. (Veruntreuungen bei der Stadtgirofalle.) Der Kassierer der Zittauer Girofalle Maier ist wegen Veruntreuungen, die er zum Nachteil der städtischen Girofalle begangen hat, verhaftet worden. Insgesamt kommen etwa 30 000 M. in Frage, die indessen bereits jetzt zum größten Teil durch beschlagnahme Werte bedekt sind. Außerdem besteht auch die Möglichkeit, den Rest noch zu decken, so daß der Girofalle selbst kein Schaden entstehen würde. Maier hat offenbar auf eigene Rechnung mit Geldern der Girofalle Geschäfte zu machen versucht.

-i. Großenhain. (Gewitterschaden.) Am letzten Sonnabend zog kurz nach dem Mittag ein sogenanntes trockenes Gewitter von großer Stärke über unsere Stadt und deren nördliche Umgebung. Binnen einer halben Stunde zählte man sieben Brandherde, davon einen in der Stadt. Hier brannte eine Scheune auf der Oettander Straße, in die eben Feuer eingeschlagen wurde. Die unten Arbeitenden hatten vom Einschlagen des Blitzes infolge des fortgeschrittenen Donners gar nichts bemerkt, bis sie schließlich durch den Brandgeruch aufmerksam wurden. Zugleich ging ein tödlicher Regen nieder. Die Feuerwehr erleidet durch weitere unsägliche Niederschläge erhebliche Störungen.

S. Lunzenau. (Wohlverdiente Strafe.) Hier und in Schladsdorf sind lebhaft im Übermut nachts von 16 an der Straße stehenden jungen Kirschlorbeerchen die Kronen abgedrochen worden. Der bald ermittelte Täter, ein junger Lunzenauer Einwohner, hat nun auch die wohlverdiente Strafe erhalten; er wurde deshalb zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — Recht so!

S. Glauchau. (Weniger Schulfinder.) Unsere Stadt hat seit 1914 einen Rückgang von circa 500 Schulfinden zu verzeichnen. Das sind 13,9 %.

Rechtsprechung

Der Dresdner „Hinlemann“-Prozeß.

Am 17. Januar war es bekanntlich gelegentlich der Dresdner Premiere „Hinlemann“ im Staatlichen Schauspielhaus zu großen Gedenkfeierlichkeiten gekommen, die dazu geführt, daß weitere in Aussicht genommene Aufführungen vom Spielplan abgesetzt werden mussten. Die damals eingesetzte Polizei vermochte eine ganze Anzahl Personen namentlich festzustellen. Bierzähler derselben hatten unter dem 22. April Strafbefehle wegen Verübung rübezeitenden Lärms nach § 360 des Reichsstrafgesetzes erhalten und zwar durchweg über je 30 Goldmark. Während die Hälfte der mit Strafbefehlen bedachten Personen sich unterworfen, erhoben die anderen dagegen Einspruch und stellten Antrag auf gerichtliche Entscheidung. Am Sonnabend mußte sich das Amtsgericht Dresden mit der Angelegenheit beschaffen. Der Andrang zur Verhandlung war sehr stark, nur ein kleiner Teil vermochte bei den beschränkten Raumverhältnissen Einlaß zu finden.

Staatsanwalt Dr. Werner forderte Ausrechterhaltung der Strafbefehle.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung mit Ausnahme des Angeklagten Kiehl, der auf dem Hausschlüssel gepfiffen und deshalb zu 30 Mark Strafe verurteilt wurde. Die Angeklagten haben sich nach § 53 des StGB. irrtümlich in Notwehr befinden und deshalb sei ihr Verhalten straflos. Die tragische Absicht des Dichters trete nicht klar genug hervor, deshalb die mißverständliche Auffassung.

Wier. Jahre Buchhandlung für einen Landesverräter. Wegen verteilten Landesverrats verurteilte der Strafenant des Kreislaues Oberlandesgerichts den 24 Jahre alten Kaufmann Paul Michael aus Oppeln zu vier Jahren Buchhandlung. Michael hatte den Versuch gemacht, den Polen ein wichtiges militärisches Schriftstück in die Hände zu spielen.

Turnen, Sport und Spiel

Verein für Leibesübungen Wilsdruff (Mitgl. d. V. W.W.B.) Vergangenen Sonntag spielte die 1. Mannschaft gegen B. f. L. Dipoldiswalde und gewann das Spiel 4:1. Dieses Resultat hätte noch höher sein können für uns, aber durch den einsetzenden Regen wurde der Boden sehr glatt vor den Toren. Es blieben viele Torgeschäfte von unserem Sturm unausgenützt. B. f. L. Knaben gewann gegen Brandenburg Dresden 2. Knaben 4:0. Der Gegner war unten technisch überlegen, aber durch Durchbrüche kamen unsere Knaben zu ihren Erfolgen. B. f. L. 2. Mannschaft konnte nicht spielen, da Sportverein Weistropp 1 nicht antrat.

Neuer Weltrekord im Schnelllauf. Bei den nationalen Wettkämpfen in Helsingfors schlug Wurm i. Finnland die bisherigen Weltrekorde im Schnelllauf über 1500 und 5000 Meter in einer Zeit von 3 Minuten, 52,6 Sekunden und 14 Minuten 28,2 Sekunden.

Börse · Handel · Wirtschaft

Geschäftsstille und kleine Kurssenkungen.

* Berlin, 23. Juni.

Bei unverändert hochgradiger Geschäftsstille auf allen Gebieten war die Börse heute im allgemeinen etwas schwächer veranlagt. Es erfolgten Glatstellungen für eine neuendringende Zahlungsschwierigkeiten geratene unbedeutende Bankfirmen, so daß sich der Kurstand geringfügig und nur für einige Domänen und Industriewerte von 1 bis 3 Billionen % senkte. Vereinzelt waren auch mäßige Kurssicherungen festzustellen. Am Goldmarkt hat die Flüssigkeit sich etwas verstärkt. Im Devisenverkehr sind die im großen und ganzen unveränderten Anforderungen wiederum weit hinter den Eingängen bei der Reichsbank aus Exportdevisen zurückgeblieben, so daß die volle Zuteilung sich nicht änderte.

Die Billionen Nr. Was kosten fremde Werte? Ihre Größe.

Börsenplätze	23. 6. geschl.	20. 6. angeb.
100 Holland	156,96	157,74
100 Dänemark	70,92	70,82
100 Schweden	110,97	111,53
100 Norwegen	58,68	58,94
100 Finnland	10,48	10,52
1 Amerika	4,19	4,21
1 England	18,155	18,245
100 Schweiz	74,18	74,54
100 Frankreich	22,64	22,78
100 Belgien	19,65	19,75
100 Italien	18,15	18,25
100 Tschechien	12,87	12,87
200 Österreich	5,91	5,93
200 Ungarn	4,99	5,01

Amtliche Preise an der Berliner Produktionsbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 kg. sonst je 100 kg.

In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

23. 6.	21. 6.	23. 6.	21. 6.
Weiz., märt.	185-140	186-142	Weizl. f. Brtl.
pommerscher	—	—	Roggl. f. Brtl.
Krog., märt.	114-128	114-124	Raps
pommerscher	—	—	Leinsaat
westpreuß.	—	—	Blattgr. Erd.
Huttermiere	127-185	129-185	Bl. Speiserdl.
Braunerde	188-145	140-140	Huttermehl
Hafer, märt.	115-126	115-125	Butterblumen
pommerscher	—	—	Ackerbohnen
westpreuß.	—	113-115	Widen
W. 100 M. fl.	—	—	Lupin, blaue
Bin. br. inst.	—	—	Lupin, gelbe
Sad. (feinst)	20,3-23	20,2-23	Serradelle
Br. u. Rot.	—	—	Rapsfrüchten
Roggemehl	18,00-20,50	20,00-23,00	Steinfischen
W. 100 M. fr.	—	—	Trockenschl.
Br. dritto	17,6-20	17,5-20	W. Buchsbaum
Sad. inst.	—	—	Torfuml. 30,70
—	—	—	Kartoffelschl.

Berliner Produktionsbörse von heute, dem 24. Juni.

Weizen 13,30-13,80; Roggen 11,40-12,30; Sommergerste 13,90 bis 14,50; Hafer 11,50-12,50; Weizenmehl 20,00-23,00; Roggenmehl 18,00-20,50; Weizenkleie 8,00-8,10; Roggenkleie 8,30; Raps 22,00.

Dresdner Produktionsbörse vom 23. Juni

Weizen inländ. 13,50-14,00, schwach; Roggen inländ. 13,00 bis 13,50, schw.; Sommergerste 14,50-15,50, geschäftslös; Hafer 13,00 bis 13,50, flau; Mais 15,00-15,50, ruhig; Mais, Kleinförnig 16,00 bis 17,00, ruhig; Widen 17,00-18,00, ruhig; Kartoffelsoden 17,50 bis 18,00, ruhig; Weizenkleie 7,00-7,40, ruhig; Roggenkleie 8,00 bis 8,40, ruhig; Weizermundmehl 28,00-29,

Dresdner Kurie vom 23. Juni 1924.

(In Billionen-Prozenten)

(Ohne Gewähr)

Festverzinsliche Werte				Bank-, Transport- und Baugesellschafts-Aktien				Papiere, Papierst.-För.- und Photogr.-Aktien-Akt.			
3 Reichsbank m.	0,75	0,72	4½ Chemn. 1920	—	—	Albg. De. Kred. M.	1,35	1,3	Dresden. Hdls. At.	0,22	0,2
2½ do. m.	0,28	0,275	3½ Blauen m.	—	—	Bauf. f. Brauind.	0,98	0,85	Sächsische Bank	32,5	32,5
4 do. m.	0,41	0,43	4 Dts. Kred. Böb.	1,8	1,8	Darmstädter Bank	8,05	8,5	D. Ch. Betr.-Ges.	—	—
5 Kriegsbank m.	0,18	0,129	8½ do.	2,0	2,0	Deutsche Bank	7,25	7,1	Dg. Elbefl.-Ges.	2,2	2,05
do. Bmengsbank	0,0575	0,0575	4 do. Gebr.	1,8	1,5	Dresdner Bank	7,6	7,8	Baubi. At. Dresd.	17,0	17,0
4½ Schahaw. m.	0,068	0,068	4 Sächs. St. B.	0,25	0,25	—	4,85	4,2	Peniger Patent	2,85	2,25
4 Schüggelb.	1,36	1,650	4 do. Böb.	1,0	1,0	—	—	—	—	—	—
Spar-Krem.-Akt.	0,129	0,119	3 Ddm. Psbbr. m.	4,75	4,9	—	—	—	—	—	—
3 Sächs. Rente m.	0,825	0,8	3½ do.	5,6	5,5	—	—	—	—	—	—
4 S. Au. 1919 m.	—	0,16	3 Ddm. Kredbr. m.	2,8	2,7	—	—	—	—	—	—
2½ Landesbank m.	8,25	8,25	3½ do.	6,7	6,7	—	—	—	—	—	—
4 do. m.	0,2	—	4 do.	0,2	0,19	—	—	—	—	—	—
3 Preuß. Konz. m.	0,8	0,8	3 Dm. Psbbr. m.	3,0	3,0	—	—	—	—	—	—
2½ do. m.	0,27	0,26	3½ do.	2,7	2,6	—	—	—	—	—	—
4 do. m.	0,28	0,3	4 do. Kredbr. m.	1,4	1,4	—	—	—	—	—	—
8½ Drsb. 1905 m.	8,0	2,6	8½ S. B. R. S. I. m.	1,4	1,8	—	—	—	—	—	—
4 Drsb. 1918/18 m.	—	—	8½ do. S. V.	1,2	1,9	—	—	—	—	—	—
4½ Drsb. 1920 m.	0,8	0,29	4 do. S. III m.	1,4	—	—	—	—	—	—	—
8 do. 1922 m.	—	—	4 do. S. IV	1,5	1,5	—	—	—	—	—	—
4 Leipzig. m.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2½ Leipzig. m.	—	—	4 S. B. R. Rom. D.	—	—	—	—	—	—	—	—



Eine Heimatfest-unterhaltung

Müller: Naum Schütze — wohin willste denn so eilig?
Schulze: Wohin — nu ä Festabzeichen will'ch mit holn für das Heimatfest.
Müller: Festabzeichen? — Wo kriegt m'r denn die?
Schulze: Nu in allen Geschäften — in denen das Plakat für das Heimatfest aushängt.
Müller: So — Aber das hat doch noch Zeit, man weet doch noch gar nicht, wie das Wetter wird, da kriegt m'r am Sonntag ooch noch eens.
Schulze: Freilich kriegen wirst du da schon noch eens, aber s'lann och meeglich sein, daß de hernach noch een Gußger mehr drür bezahlen mußt.
Müller: Na weiste, das wär de Höhe — eene Markt fußg., was se jeh schon verlangen, is schon viel zu viel — dann womöglich gor zwee Markt. Das Geld liegt een doch ooch nich zur Heiertesse rein, jetzt schon gar nicht.
Schulze: Du hast schon ganz recht — aber weetie denn ooch, was de für die Markt fußg. alles vorzecht kriegt? De kannj an allen Veranstaltungen teilnehmen — de kriegt een herrlichen Festzug zu seh'n, ä Festspiel wörd dr' gebot'n, wie de vielleicht noch keens gehabt hau, du hast d'n ganzen Tag Musi, de Sänger sing'n dr' de

allescheensten Lieder vor, de Turner zeigen dir, was je alles lehn, de Reiter machen de tollsten Kunststückchen, du kannst ä Feierwert sehn, daß de denkt, du bist im Märchenlande und außerdem lassst dann an der Mittwoch noch mit deiner Familie a wunderbares Kinderfest mitmachen, das dr' für deine Kinder gar nicht kosten soll. Und weetie dann ooch, was so ä Fest vor Unfalten macht? — Da haste de Musi, da haste de Kostüme, de Pürdchen, das Bortchinen, de Bauarbeiten, das Auschmücken und was wees ich alles. Und so ä Fest wie dies Jahr krieg'n mi in unfern Städtchen nich glei wieder jesehn, da brauchste leene Brille. — Na Müller, nu weiste wohl ooch dt' Meinung sein, daß 1,50 M. für so viel Scheenes, was de geboten kriegt — eigentlich wöchlich nich so viel is. Da gäste das Geld manchmal vor Sachen aus, die de schließlich de Unterstützung nich so wert sin, als wie gerade das Heimatfest.
Müller: Du hast schon ganz recht — aber wenn das Wetter... Schulze: ... nich so scheene is, willste sagen, da haste schließlich das Geld umsonst ausgegeben — hm — sag e mal, Müller, wenn's dich nich so genau sehn würde, da bächt'ch wöchlich, du wäschst ä recht traurig Mond. Natürlich, wenn das Wetter en Strich durch die Rechnung macht, da wörd das Fest nich so ausgeführt wer'n können als wies geplant is — aber erschien's hofft m'r doch nich so zweetens ooch, das Schlammste, was dir passieren könnte, das wär, daß de schließlich mal 1,50 M. für deine liebe Heimat und für Belebungen ausgegeben häfft, die de Stadt und ihre Einwohner fördern sollen. Das is a rechter Quer, wenn de daran

denkst, was andere, die monatelang an der Ausgestaltung des Festes gearbeitet han, da für Oster gedacht han.

Schulze: Aber weetie — ich gloobe, 's wörd doch am Sonntag trotzdem so manchen geben, der Baumgärt marxiert, sich alles ansieht und nich een Heller dafür bezahlt.

Müller: Das kann schon sein — ich will noch kein Ton darüber verlier'n, wenn sichs wöchlich um jo ä armes Luder handelt, das beim besten Willen das Geld nich osbringen kann — aber für den lägt sich schon noch ä Ausweg find'n, der brauch sich nur mal an den Aufschluß zu wenden. Wenn aber ä anderer das Festzeichen nich erwirkt, der in der Lage dazu is, und bloß aus Idiotismus die 1,50 M. sparen will, da sag ich einsach: Spui Spinnel! Ich kann mir das wöchlich noch nicht denken, daß einer, der ä Herz für seine Heimat haben will, der das Geld osbringen kann, so ein traurigen Standpunkt einnehm' und am Sonntag das Festzeichen nich tragen könnte. A richtiger Wilsdruffer — oder ä richtiger Kerl überhaupt is das bestimmt nich. Und weils bei uns lauter richtige Kerle gibt, da wörd doch schon am Sonnabend ä jeder das Festzeichen anschieden han, das is meine Meinung.

Müller: Bravo! Du bist ä potenter Kerl, Schulze, du kannst einen das Herz nich'g warmmachen. Wechtle, m'r geh' gleich gehamm und hol'n unser Festzeichen. Rags komm' wies will, wir ham jedenfalls unter Scherlein beigebringen und brauchen uns, wenn eine Kontrolle kommt, nich zu verschrecken oder rot ze wärn. Man darf eb'n für die Heimat nich bloß Worte ham, de sag die mocht'n Mann — och wenns an den Geldbeutel geht!

Amtliche Verkündigungen

Der Rattenverfolgung werden unerwartet viele Schwierigkeiten bereitet, so daß notwendig daran hingewiesen werden muß, daß die Rattenverfolgung aus wohlschaffenspolitischer Gründen angeordnet worden ist, und daß alle Grundstücksbesitzer verpflichtet sind, den Rattenköder auslegen zu lassen. Im Interesse eines Erfolges werden für jeden Begegnungsfall die Strafbestimmungen unabhängig zur Anwendung kommen.

Wilsdruff, am 24. Juni 1924.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die unterm 12. April 1924 durch den hierigen Stadtrat verfügte Sperrung des Verbindungsweges zwischen Lößnigstraße und Meißner Straße — des so genannten Adams Gäßchen — wird hiermit nach Befreiung des Sperrungsgrundes aufgehoben und der Verbindungsweg für den öffentlichen Verkehr wieder freigegeben.

Wilsdruff, am 24. Juni 1924.

Der Stadtrat.

— Baupolizeiamt.

Bekanntmachung.

Dem Montagnestor Wilhelm Bielek ist der Personalausweis, gültig für das Jahr 1924, verloren gegangen.

Um Wiederbeschaffung vorzubereiten, erläutren wir denselben für ungültig und geben bekannt, daß der neue Ausweis von roter Farbe und mit Röhrbild versehen ist.

Freital, am 21. Juni 1924.

Kraftwerke Freital, Aktiengesellschaft.

Kinderwagen

Sport- und Promenadenwagen
Wringmaschinen, auch neue Walzen, Taschenlampen und Batterien, Feuerzeugen und Steine

empfiehlt

A. Fuchs, Markt 8

Zum Schützen- und Heimatfest

empfiehlt in groß Auswahl

bengalische Flammen

und alle anderen

Feuerwerkkörper

Otto Röß

Büchsenmacher.

empfiehlt

J. Fuchs, Markt 8

Zum Schützen- und Heimatfest

empfiehlt in groß Auswahl

bengalische Flammen

und alle anderen

Feuerwerkkörper

Otto Röß

Büchsenmacher.

empfiehlt

J. Fuchs, Markt 8

Zum Schützen- und Heimatfest

empfiehlt in groß Auswahl

bengalische Flammen

und alle anderen

Feuerwerkkörper

Otto Röß

Büchsenmacher.

empfiehlt

J. Fuchs, Markt 8

Zum Schützen- und Heimatfest

empfiehlt in groß Auswahl

bengalische Flammen

und alle anderen

Feuerwerkkörper

Otto Röß

Büchsenmacher.

empfiehlt

J. Fuchs, Markt 8

Zum Schützen- und Heimatfest

empfiehlt in groß Auswahl

bengalische Flammen

und alle anderen

Feuerwerkkörper

Otto Röß

Büchsenmacher.

empfiehlt

J. Fuchs, Markt 8

Zum Schützen- und Heimatfest

empfiehlt in groß Auswahl

bengalische Flammen

und alle anderen

Feuerwerkkörper

Otto Röß

Büchsenmacher.

empfiehlt

J. Fuchs, Markt 8

Zum Schützen- und Heimatfest

empfiehlt in groß Auswahl

Sachsen-Zeitung

2. Blatt Nr. 146 — Mittwoch den 25. Juni 1924

Waldwiese.

Der Wald wagt um den Wiesengrund
Wie grüne Wiegewand.
Mit tausend Kindern wild und bunt
Spiel Sonnenmutter's Hand.

Die Wiese ist voll Arnika,
Ein goldbetupftes Tuch.
Dombach der Himmel, blau und nah,
Wie Gottes Silberbuch.

Buntstreich breitete sich das Tal,
Ein Dorfstein kniet am Hang.
In meiner Brust löst dumpfe Qual
Sich auf in Lachensang.

All-liebend zieht der goldne Tag
Mich an die Mutterbrust.
Wie tief mein Herz gesangen lag,
Das hab' ich nicht gewußt.

Erst nun, da mich die grüne Welt
In ihren Abgrund reißt.
Weiß ich, daß mich die Liebe hält,
Das Leben frohmus heißt.

Olße Franke.

Die Entwicklung des Meißner Bezirks

in der Zeit vom 1. April 1923 bis 31. März 1924

Bericht, erstattet für die Bezirksversammlung am 28. April 1924
vom Amtshauptmann Schmidt.

(Fortsetzung.)

Die große Notlage weiter Kreise unseres Bezirkes veranlaßte die Amtshauptmannschaft, auch im letzten halben Jahr der Kohlenwirtschaft größere Mengen Kohlen aus Mitteln des Kommunalverbandes zu befreien, und zwar insgesamt etwa 8500 Zentner böhmische Braunkohlen und 1000 Zentner Braukohlen. Hierdurch ist ein großer Teil an die Bevölkerung zu ermäßigte Preisen, in besonders trostlos liegenden Fällen auch ohne Bezahlung abgegeben worden.

So konnten verteilt werden: Als lindernde Familien des ganzen Bezirkes 2 mal je 3 Zentner; an sämtliche Kleinrentner 3 mal je 3 Zentner; an die Sozialrentner der Gruppe II und III von Meißen, Röhrsdorf, Questenberg, Schafenberg, Leuba und Nöbischütz einmal je 3 Zentner; wiederholt an Kriegs- und sonstige Blinde, an sämtliche Ortsarme des Bezirks einmal je 3 Zentner; außerdem sind 1 auf 500 Kohlen für die Säuglingspflege und Krankenstuben abgegeben worden. Auch die Erwerbslosen einer Anzahl Gemeinden haben wiederholt Kohlen erhalten.

Nachdem die Bestände aus der sozialen Haushalt aufgebraucht waren, beschloß der Bezirksausschuß, dem Amtshauptmann einen Betrag von 1000 Goldmark für Unterstützungsmaße zur Verfügung zu stellen. Von diesem Betrage sind weitere Brennstoffe gelöst und gegen ermäßigte Preise oder unentgeltlich verteilt worden. Des weiteren haben die auf Anregung der Amtshauptmannschaft errichteten Küchen erhebliche Zuwendungen erhalten.

Im abgelaufenen Jahre diente die auf Grund des Landesgesetzes vom 27. März 1923 erhobene Zugsteuer erstmals dazu, den Gemeinden Beihilfen zu den durch die Wiederinstandsetzung der Wege- und Straßen entstehenden Kosten zuzumessen zu lassen. Bis Ende Dezember 1923

„Das erste Ehejahr“.

Roman von Ruth Goeb.

Copyright 1914 by Greiner & Co., Berlin B 30. Nachdruck verboten.

„Otto,“ sagte sie nach kurzer Pause, „ich habe mich in Angst versetzt. Es ist acht Uhr. Wo wartest du so lange?“

„Kind, Welch ein Empfang!“ rief er fröhlich. „Du tust gerade, als sei ich ein kleines Kind, das nicht einmal etwas länger ausbleiben darf, weil sich sonst die Mutter erschreckt. Komm, lag' mir guten Abend.“

Er versuchte, sie an sich zu ziehen, aber Renate trat einen Schritt zurück.

„Ich bin froh, daß du wieder da bist,“ sagte sie und schüttelte den Kopf, unter der Lichtkrone glänzte ihr blondes Haar. Otto aber sah das nicht, er schien überhaupt immer noch abwesend zu sein. „Wo warst du?“ fragte Renate dringend.

„Wie sich das anhört. Willst du mich ausspinnen?“ Er lächelte noch immer, aber Renate sah auf seiner Stirn die leise Falte des Unmutes, die den strahlenden Glanz der Augen schnell verdunkeln konnte. „Ich war bei Weinholds.“ sagte er, als sei das die natürliche Sache von der Welt.

Für einige Minuten vermochte Renate sich nicht zu fassen. Hellauf züngelte wieder der jähre Blitz des Misstrauens und brachte eine brennende Wunde in ihr Herz. „Wie kommst du denn jetzt darauf, zu Weinholds zu gehen?“

„Ohr Gesicht entblöste, während ihre Augen ernst wurden. „Und ich stehe hier und ängstige mich halb tot.“

Dazu lag kein Grund vor. Ich geh' stets mit Weinhold an seinem Hause vorbei. Frau Weinhold und Mutter standen vor der Tür, und heute rieben sie mich hinein; ich mußte durchaus eine Meinigkeit mitstellen.“

„Du hast also bereits gepeist?“ fragte Renate bitter und klungelte nach dem Mädchen. „Räumen Sie ab, Candida.“

„Und du, Renate, ist du nichts, oder warst du so vernünftig, nicht gar so lange auf mich zu warten?“

Sie trat ein paar Schritte in das Fenster hinein. Sie war totenblau geworden und stand wie in Erz gegossen, ein Bild der Verzweiflung. Doch sie hatte das Haupt nicht gesenkt; sie wollte sich nicht demütigen, nicht zurnehmen, noch scheuen in dieser Stunde. Ihre Stimme war unnatürlich ruhig, als sie sagte:

„Ich habe keinen Appetit, ich werde nicht speisen.“

Otto war bei dieser Stunde durchaus nicht behaglich zumute, er suchte nach irgend etwas, um seine Frau zum Sprechen, zur Deutlichkeit zu bringen.

„Dann wollen wir ein wenig in das Herrenzimmer gehen,“ logte er und nahm schon aus seiner Tasche eine Zigarette. „Komm Renate.“

Wurden daraus 53 Gemeinden bedacht. Die Höhe der Unterstützungen belief sich auf 276 300 000 Papiermark. 16 Gemeinden erhielten aus Staatsmitteln Begebaubihilfen in Höhe von 9 000 000 Papiermark. Im ersten Viertel des Kalenderjahres 1924 wurden aus den Erträgen der Zugsteuer, die nunmehr auf Goldmark umgestellt war, wiederum 44 Gemeinden mit Beihilfen, deren Gesamthöhe 50 550 Goldmark betrug, bedacht. Das Verhältnis der Unterstützungen zu den Bauosten (Gesamthöhe 107 035 Goldmark) war hier sonach in Prozent 47,2. — In der Kriegs- und Nachkriegszeit mußten die notwendigen Instandsetzungsarbeiten auf den öffentlichen Wegen, deren Zustand im ganzen Bezirk viel zu wünschen übrig läßt, zurückgestellt werden. Mit der zuletzt vorgenommenen Verteilung wurde der Anfang gemacht, die Verhältnisse der Vorriegszeit herzustellen. — Schwierige Verhandlungen auf Grund von § 17 des Begebaugesetzes machten sich wiederum nötig hinsichtlich der im Son- und Radolinien gelegenen Wege, die durch Geschirre und Lastiautowagen der in Frage kommenden Firmen in außerordentlichem Maße abgenutzt werden.

Mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wurden in einer Anzahl Gemeinden Holzstandarbeiten, wie Straßen-Massenfertigungen, Anlegung von Sport- und Spielplätzen usw., gefördert. Straßenausbesserungen, Absonderungen, Grabenheben u. a. m. wurde in vielen Gemeinden von den Erwerbslosen in den Pflichtarbeitsstunden ausgeführt.

Wegen Wieder-Inbetriebnahme der bereits vor dem Vorjahr infolge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse eingestellten wichtigen Kraftwagenlinie Meißen — Domäne sind seitens der Staatslichen Kraftwagenverbindung Verhandlungen aufgenommen worden, die aber zurzeit noch nicht abgeschlossen sind.

Die Bauaufgabe war im Vorjahr sehr stark als im Vorjahr. Baugenutzungen wurden 716 (588) erteilt, darunter aber nur 112 (112) Wohnungen. Die meisten Baugenutzungen entfallen wieder, wie in den Jahren vorher, auf die Landwirtschaft und betreffen zum Teile größere Bauten, wie Scheunen und Wirtschaftsgebäude. In der Industrie waren nur geringe Betriebsvergrößerungen zu verzeichnen und zwar bei den Firmen Born in Coswig, Petzow, Kötzs und Allgemeine Fabrik Elbtal-Ost- und Chemiefaserfabrik Weinböhla. Als neuer Betrieb wurde der Bau einer Porzellantafel in Niederau bei Domäne eingezogen. Mit Auskünften aus öffentlichen, der Amtshauptmannschaft zur Verfügung gestellten Mitteln sind 15 Wohnungen neu errichtet und 14 baufällige Wohnungen erhalten worden. Aufgrund dieser Mittel hat das Landeswohnungsamt direkt noch 23 Wohnungen beauftragt.

Folgende Zuschuhmittel standen zur Verfügung:

a) aus der Wohnungsbauabgabe:
Landesmittel: 27 513 900.— M.
Gemeindemitte: 27 513 900.— M.
b) unverzinsliches Reichsbaudarlehen 8 882 000 000.— M.
c) werbeschädigtes Reichsbaudarlehen 1215 235 840 000 000.— M.

1215 244 727 027 800.— M.

Wohnschäden waren 83 (26) zu verzeichnen, darunter 7 größere und zwar 1 Wohngebäude, 1 Stallgebäude und 5 Scheunen.

Die Wohnungsnot hat sich auch im Berichtsjahr sehr verschärft, als gemildert. Insbesondere wurde sie dadurch noch verschärft, daß eine Reihe von Flüchtlingsfamilien, namentlich nach Auflösung des Flüchtlingslagers Zeilitzsch, der Amtshauptmannschaft zur Unterbringung überwiesen wurden. Die Amtshauptmannschaft hat sich daher genötigt, für einen größeren Ausgleich der Wohnungsbedürfnissen in den einzelnen Gemeinden Sorge zu tragen. Auf ihrem Antrag hin sind deshalb vom Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — durch Verordnung vom 20. Oktober 1923 alle ursprünglich den Gemeindewohnungen aus der Landesordnung über Nachmieten gegen den Wohnungsmangel zustehenden Rechte dem Vorstandes des Bezirksverbandes übertragen worden. Hierzu gehört vor allem das Beschlagsmietrecht. Den berufsschönen Gemeindeworstände sind diese Rechte dann erneut übertragen worden. In den übrigen Gemeinden hat die Amtshauptmannschaft bereits in 15 Fällen von dem Beschlagsmietrecht Gebrauch gemacht.

Durch das Wiederaufbauamt sind mit Wirkung vom 30. September 1923 alle bei Verwaltungsbüroden im Bezirk bestehenden Wiederaufbauämter aufgelöst, deren Arbeitsgebiete zum größten Teil den ordentlichen Gerichten zugewiesen sind. Für die restlichen Gebiete waren gemäß den Vorschriften der Landesordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bei den Gemeinden Wohnungsschädigungen einzurichten, die namentlich über die Beschwerden gegen Beschlagsmietverfügungen zu entscheiden haben. Um

mit einer tiefen Selbstverständlichkeit folgte sie ihm. Aber als er sich auf den weichen Stuhlsessel niedergelassen, blieb sie wie zaubernd am Tisch stehen. „Arbeitest du nicht?“ fragte sie. Ihre Stimme war verändert und sie erschreckte ihn.

„Heute nicht. Kind, ich bin fertig, vielleicht rechne ich in den nächsten Tag noch einmal alles durch, ach...“ er dehnte sich behaglich, „... morgen kann ich auschlafen, ich mache einmal Nachschicht, gebe eifrig um sechs Uhr auf das Werk und habe den ganzen Tag Zeit für mich.“

„Wann also willst du morgen geweckt sein?“ Sie lächelte zur Tür.

„Renate, ich werde schon von selbst erwachen.“ Und nun sprang er auf. „Aber wohin gehst du?“

„Och? Nun, wie jeden Abend, zu meiner Arbeit.“

„Ach ich... und du gehst?“ Er war nahe bei ihr und fasste sie an beiden Händen.

„Du tuft mit weh,“ sagte sie abweisend und lämpste mit den Tränen.

Er war zornig. „Was arbeitest du denn so wichtig?“ fragte er und zog die Lippen im Spott zusammen.

„Es tut mit leid,“ meinte Renate, nun wieder beherrschter, „dass du bis jetzt noch keine Zeit gefunden hast, dich um meine Beschäftigung zu kümmern. Bedenksaßt ich wohl Anspruch darauf erheben, daß ich nicht dabei gehindert werde.“

„Mußt du dich gerade am Abend hinsetzen, wenn ich zu Hause bin? Du hast genug Zeit am Tage dazu, wenn die Arbeit drängt.“

Ein spöttisches Lächeln ging über sein Gesicht. Das brachte Renate in Aufruhr.

„Ja, es drängt,“ sagte sie, „auch mir ist mein Werk wichtig.“ Und noch eine Weile sah sie still: „Auch ich will wieder etwas haben, das mich auffüllt.“

„Bitte!“ Otto hob die Schultern und stand gleichfalls auf, er zog die Uhr, sie zeigte die neunte Stunde. „Dann gestatte, daß ich noch ein wenig fortgehe, ich treffe im Kino einige Freunde und werde mit ihnen verschiedenes zu besprechen haben. Auf Wiedersehen, wenn du wieder besserer Laune bist.“

Er ging, er pfiff sogar ein Lied vor sich hin.

Renate blieb zurück, sah und stierte auf das Papier, dessen Zeilen ihr tot und leblos wurden.

Stille war in dem Hause.

Aber noch deängstiger lastete die Ruhe am folgenden Tage auf ihr. Sie wußte nicht, wie sie es beginnen sollte, sich ihm wieder zu nähern. Sie fand das Wort nicht, das eine Brücke zu ihm spannen, er kam ihr seinen Schritt zur Hilfe.

Die Sonne war glühend heiß emporgestiegen, so daß Renate aus der Laube in das Zimmer geschlüpfen war. Um sich abzulenken, holte sie aus dem zierlichen Schreibtisch, auf dem sein

eine eingezogene Rechtsprechung zu verfügen, hat der Bezirkstag am 28. Dezember 1923 beschlossen, ein Wohnungsschiedsamt für den Verein des ganzen Bezirks bei der Amtshauptmannschaft zu führen und mit dem Sohls einen juristischen Hilfsarbeiter der Amtshauptmannschaft zu betreuen. Das Wohnungsschiedsamt hält seine Sitzungen je nach Bedarf in Weihen selbst oder in den Gemeinden des Bezirks ab.

Das Wohnungssamt wurde sofort in Anspruch genommen. Neben 483 schriftlichen Eingängen fand ein sieber Publikumsverkehr statt, wobei zuweilen Auskünfte über den Wertpreis gefordert, sowie Anträge auf Wohnungszuteilung vorgebracht wurden.

Seit dem 1. April 1924 bat auf Grund von § 1 der fünften Ausführungsordnung zum Reichsministergesetz das Reichsmietgesetz in allen Gemeinden Gültigkeit. Hierdurch sind gleichzeitig auch die Mieterschutzbestimmungen in allen Gemeinden in Kraft getreten, was zu begrüßen ist, da bis zum 1. April 1924 die verschiedenste Handhabung der Wohnungsgesetzgebung in die verschiedenen Gemeinden zu unterschiedlichen Varianten geführt hat.

In 8 Fällen fand der Kaufvertrag zwischen dem Grundstückseigentümer und dem Vermieter statt, wobei zu beobachten ist, daß der Kaufpreis vom 28. November 1923 (188) nach dem Gesetz vom 28. November 1923 (189) genehmigt wurde. Von dem geschilderten Kaufvertrag wurde nur einmal Gebrauch gemacht.

In 8 Fällen wurden Kaufverträge hinsichtlich der ordnungsgemäßen Bearbeitung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens mit dem Ergebnis der Antragstellung von Baumwuchsnahmen bei weiterer Verhöhung vorgenommen. Baumwuchsnahmen selbst sind bisher keine erfolgt. In zwei Kaufverträgen nutzte die Amtshauptmannschaft im Interesse der Erhaltung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eingreifen und bei einer Weiterverpachtung energisch Stellung nehmen.

Die im vorjährigen Berichtsjahr gestellten Anträge auf Zuwendung von landwirtschaftlichem Siedlungsland sind fast alle noch unerledigt. Von den zur Landesbauungsgesellschaft „Sächsisches Heim“ zur Verstärkung vorgeschlagenen rund 1000 Hektaren sind bisher rund 112 Hektar zur Verfügung gestellt worden, weitere 50 Hektar sind vom Rittergut Rothschönberg im Verhältnisweg in Form langjähriger Kaufverträge angelegt worden. Da die Amtshauptmannschaft nur die Vorbereitung zu erledigen und auf die endgültige Bereitstellung des Landes keinerlei Einfluß hat, konnte sie nie wiederholen im Wege Gültigkeit verlangen. Land für Siedlungswärter zu erhalten. Diese Verträge sind zumeist an der ablehnenden Haltung der Besitzer gescheitert.

Im Berichtsjahr ist die Schaffung zur Grundsteuer durchgeführt, es sind Steuerbescheide erteilt und die Einhebung der Steuer ist in die Wege geleitet worden. Für die ersten drei Termine war der nach Papiermark errechnete Steuerbetrag sehr niedrig, wogegen mit dem vierten Termin die Steuer überhaupt erst fühlbar wurde. Mit diesem Zeitpunkt trat eine wesentliche Änderung des Grundsteuergefügs ein. Die Steuer ist in Goldmarkwährung zu zahlen, der Staatsanteil beträgt nur zwei Fünftel, während die Gemeinden drei Fünftel des Ertrages erhalten; es fallen aber die Gemeindebezüge weg. Besondere Schwierigkeiten machte die Feststellung der Ertragsteuer der landwirtschaftlichen Grundstüde, insbesondere die genaue Ermittlung und Einzuweisung des Grunds und Bodens der eingehenden Grundstüde in die entsprechenden Bodensassen. Wenn aus dem Umstande, daß die Grundstüde für die Ermittlung des Wertes des landwirtschaftlichen Viehes vollständig neu waren, des weiteren durch die Goldinflation wesentlich beeinflußt wurden und nicht zuletzt das Verfahren mit besonderer Beliebtheit durchgeführt werden mußte, bei der Schaffung nicht allenthalben das Richtige getroffen ist, so ist doch im allgemeinen die Verstärkung der Grundstüde außerordentlich erfolgreich erfolgt. Ungleichheiten werden natürlich ausgleichen, wie denn überaupt eine gründliche Revision der Bodensassen-Einteilung bedachtigt ist.

Die höchst bedeutsame Finanzlage der Gemeinden, die im beschlossenen Berichtsjahr die größte Sorge der Amtshauptmannschaft war, hat durch die Stabilisierung der Währung und die Einführung einiger neuen Steuerquellen, von denen an erster Stelle die Grundsteuer zu nennen ist, eine gewisse Entspannung erfreut, wenn auch viele Gemeinden noch schwer zu kämpfen haben. Nur einige Gemeinden erheben zur Gewerbesteuer höhere Aufschläge als 100 Prozent. 180 Gemeinden erheben höhere Hundertener als im Gesetz vom 28. Juli 1923 als Mindestabstand verlangt wird. 88 Gemeinden haben unter Aufhebung der Wertsteuersteuer, die durch das Finanzausgleichsgebot praktisch unwirksam geworden ist, die Aufschläge zur staatlichen Grundsteuer auf 4 Prozent erhöht; in je 8 Gemeinden ist eine fe- und Gewerbesteuer neu eingeführt worden.

Die Entschädigungen sämtlicher Bürgermeister sind ordnungsgemäß nach den Richtlinien des Ministeriums des Innern geregelt worden. — Als verhältnismäßig wurde der Gemeindeworstand von Gehren anerkannt. — Die letzten 19 Rittergüter sind eingemeindet worden.

Viel stand, die Blätter hervor, aber ihre Gedanken waren nicht bei der Arbeit, als Otto eintrat.

Es war nachmittags gegen vier Uhr.

Sie war überrascht, wie gut und vorteilhaft er in dem eleganten Sommeranzug aussah, der seine Gestalt zur Geltung brachte. Das Gesicht zeigte eine gesunde braune Färbung, die Augen schienen ihr strahlender denn je. Der runde Hut auf dem blonden, geschweiften Haar gab ihm etwas Jünglingshauses, und ihr Herz sang in Freude in Bewunderung zu ihm hin.

Es war aber nicht der Zauber seiner äußeren Erscheinung gelitten, der stark auf sie wirkte, der ihre Hände ihm entgegenhob; ihr verarmtes Herz schrie nach seiner Liebe und Zärtlichkeit. Und ihre Stimme sang weich, leise und süß.

Sie wollte nicht länger zögern.

Die Durchführung der neuen Gemeindeordnung hat der Amtshauptmannschaft eine Fülle von Arbeit gebracht, bei sich aber bis jetzt reibungslos vollzogen. Von den 251 Gemeinden des Bezirks haben bei der im Januar stattgefundenen Wahl der Gemeindevertretungen 175 nicht gewählt, 14 davon haben die Gemeindeversammlung beibehalten und weitere 161 haben nicht so wählen brauchen, weil sie sich auf einen einzigen Wahlvorschlag geeinigt hatten. In den 76 Gemeinden, die Gemeinderatswahlen vorgenommen haben, sind nur sechs Wahlkandidaturen erfolgt. Davor haben sich drei der Urwahlkandidaturen durch den Bezirksausschuss gestellt, in einem Falle hat das Oberverwaltungsgericht auf Anfechtungssklage die Unzulässigkeit der Wahl ausgesprochen und in zwei Fällen schwerte das Gerichtes nach.

Pläne im vorjährigen Berichtsjahre, die Durchführung der Fortbildungsschulen für Mädchen Schwierigkeiten, war es in diesem Jahre die Anstellung des Schularztes auf Grund des am 1. April 1923 in Kraft getretenen Schulbesatzgesetzes. Die Schwierigkeiten entstanden wegen der Kostenfrage, da der Staat die Kosten für den Schularzt den Schulbezirk aufgeschoben hat. Bisher ist trotz vieler Hinweise in 11 Schulbezirken kein Schularzt angestellt. — Am mehreren Schulen machte sich zu Beginn des Schuljahrs 1923 die Einrichtung neuer Klosettumstanzen notwendig, deren Benutzung infolge ihrer Beschaffenheit nicht oder nur als Notbehelf auf mehrere Räume genehmigt werden konnte. — Der Kochunterricht in der Mädchenschulbildungsschule ist nunmehr fast ausnahmslos zur Durchführung gekommen.

Auch die Beschaffung der Kohlen für das Winterhalbjahr war für eine große Anzahl von Schulen außerordentlich schwierig. Einige Schulen haben nur mit Hilfe einer Staatsbeihilfe sich Kohlen beschaffen können. Gleichwohl hat der Unterricht in allen Schulen — abgesehen von ganz wenigen kurzen Unterbrechungen — durchgeführt werden können, einige haben allerdings den Unterricht auf fünf Tage in der Woche zusammenlegen müssen.

Nach langen Verhandlungen ist am 1. April 1924 der Schulbezirk Metzendorf mit Lommatzsch vereinigt worden. Der Schulbezirk Hohenanne hat sich mit Bieberstein-Bürgsdorf zu einem Mädchenschulbildungsschul-Verband zusammengeschlossen. Die Schulbezirke Wilsdruff, Grumbach und Sachsdorf haben eine Verbands-Schule der Knaben und Mädchen in Wilsdruff am 1. Oktober 1923 gegründet, dem sich ab Oktober 1924 Riesendorf angegeschlossen hat.

Das Personalaufbauleben drückt auch in den Schulen wesentliche Veränderungen. Mit Ende März 1924 sind 14 ältere ständige Lehrer in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, nachdem bereits im Laufe des Berichtsjahrs mehrere ältere Lehrer freiwillig in den Ruhestand getreten waren; drei nichtständige Lehrer waren schon für den 15. März gefündigt worden.

Das gemeinsame Gewerbege richt für 19 Gemeinden des Bezirks der Amtshauptmannschaft Meißen erledigte 54 Gewerbeleitfachen in 14 Tertiarien. Von den Streifzügen endeten 19 durch Vergleich, 10 durch Zurücknahme des Klages, 12 durch andere Endurteile, 2 durch Versäumnisurteil, 11 Klagen unerledigt. Das Gewerbege richt wurde mit einer Ausnahme von Arbeitsbeschaffern angewiesen. Die Urteile dazu waren in 34 Fällen Zahnärztekosten, in 5 Fällen Vermeidung der Herausgabe von Papieren, in 11 Fällen fristlose Entlassung, in einem Falle Entlassung des Betriebsrates, in zwei Fällen Vertragserbruch und in einem Falle Anteil.

Auf Grund der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 wurde der Arbeitsbereich des Gewerbege richts wesentlich erweitert. Die Verordnung besagt, daß dort, wo ein Gewerbege richt besteht, die Streitigkeiten aus § 1 auch dann vor das Gewerbege richt gelangen, wenn sie Parteien betreffen, deren Streitigkeiten sonst nicht vor dem Gewerbege richt ausgetragen werden. Das hatte zur Folge, daß auch Streitigkeiten aus dem Kreise der Landwirtschaft, wie auch die Streitigkeiten, die vor das Kaufmannsgericht gehörten, bis zur Aufnahme dessen Tätigkeit vor dem Gewerbege richt mit entschieden wurden.

Streiks und Aussperrungen der Industriearbeiter traten vom 6. bis 10. Juli 1923 in den Glasfabriken A.G. Brodwich und Görlitz, sowie vom 9. bis 22. Juli 1923 in der Steinzeugfabrik A.G. Görnewitz ein. Eine Aussperrung der Glasarbeiter bei der Firma Menzel & Sohn in Naumburg, die im Januar 1924 erfolgte, war anfangs April beendet.

Eine Demonstration der Landarbeiter des Bezirks zwecks Erreichung höherer Löhne fand am 23. Juli 1923 statt. Die Lohnbewegung war bereits am 25. Juli durch Bewilligung der Befreiungen beendet.

Ein trübes Kapitel aus der Zeit der großen Not, wie sie Geldentwertung und Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr brachte, bildet der Bericht über die Tätigkeit der Gendarmerie. In dem Bezirk der Amtshauptmannschaft sind in der Zeit vom 1. April 1923 bis 31. März 1924 von den zuständigen Gendarmeriebeamten insgesamt 668 schwere und 1446 einfache Diebstähle, einschließlich 193 Feld- und 25 Forstdiebstähle, zur Anzeige gebracht worden gegen 331 schwere und 1066 einfache Diebstähle, einschließlich 91 Feld- und 11 Forstdiebstähle im Vorjahr. Es ist somit ein Mehr von 235 schweren und 390 einfachen, einschließlich 102 Feld- und Forstdiebstählen, zu verzeichnen.

Die gesammelten Güter lassen sich infolge der fortgesetzten Geldentwertung zahlenmäßig schwer wiedergemessen. Von den gestohlenen Gütern wurden große Mengen zurückgelangt, denn es konnten durch rege Tätigkeit der Gendarmerie-Beamten insgesamt 241 schwere und 1083 einfache Diebstähle, einschließlich 102 Feld- und 25 Forstdiebstählen erledigt werden.

Infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit wurden während der Erntezzeit zahlreiche Plünderungen an den einzu bringenden Feldfrüchten verübt, die trotz einem Aufgebot aller Kräfte der zuständigen Gendarmerie-Beamten und der zur Unterstützung hinzugezogenen Beamten der Landespolizei wohl eingedämmt, nicht aber gänzlich verhindert werden konnten.

Obwohl die drastische Verbesserung unter den ungünstigen Wirtschaftsbedingungen und der rasenden Geldentwertung viel geschehen hat, sind doch größere Säuberungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht eingetreten.

Als Schwerverbrechen kommt nur der Mordversuch des 24-jährigen Fleischerschulz Alfred Leidemann in Lommatzsch in Frage, der am 28. Mai 1923, 10 Uhr vormittags bei seiner vorzunehmenden Festnahme durch G.O.W. Birndbaum seine Geliebte, die 18jährige Schmiedemeisterstochter Günther doselbst, durch zwei Revolverschläge am Kopf schwer verletzt und dann sich selbst erschossen hat.

Außer der angeführten Tätigkeit der Gendarmerie-Beamten wurden insgesamt 2881 Personen angezeigt, 180 festgenommen und 377 Anklage, sowie 6012 sonstige dienstliche Anzeigen und Erörterungen erstattet.

Der im ganzen Reich unter dem 26. September 1923 verhängte Ausnahrungsstand wurde unter dem 28. Februar 1924 wieder aufgehoben. Während seiner Dauer erhielten die Gendarmerie- und Polizeibeamten ihre Annehmungen unmittelbar vom Wehrkreiskommando.

Während des Berichtsjahrs waren im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen drei berittene Kommandos der Landespolizei und sieben Kommandos zu Fuß als Ertüchtigung hergestellt. Außerdem dienten auswärtige Gendarmerie-Stationen und die Landespolizei in Meißen Beamte zur Verfügung gestellt.

Als besonders schwere Naturereignisse ist das Auftreten einer Dürre im Jahr 1923 in Südtirol zu bezeichnen, wobei 15 Kirchhäuser entwurzelt worden sind; größerer Sachschaden wurde in Werderich, Priesendorf und Benz in der Amtshauptmannschaft Großenhain angerichtet. — Dies am 24. März 1924 infolge eines Hochwassers einsetzende Hochflut der Elbe hatte am 30. März einen Höchststand von 4 Meter über Null erreicht; vorheriger Schaden sind die Anwohner verschont geblieben. — Tödlich verunglückt sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 22 Personen. Durch Selbstmord schieden 29 Menschen freiwillig aus.

Die öffentlichen Gesundheitsverhältnisse gehalten sich trotz der Schwierigkeiten im Gewerbe in der Ernährung, Bekleidung und im Wohnungsbau noch nicht ungünstig. Epidemien waren nicht zu verzeichnen.

In der Versorgung des Bezirks mit ärztlicher Hilfe trat insjöfern eine wesentliche Veränderung ein, als sich in drei Orten Ärzte neu niedersiedeln. — Errichtung neuer Apotheken fand nicht statt. Über den Zustand und Be trieb der Apotheken wurden mit einer Ausnahme (Coswig) Klagen nicht laut.

Zu Beginn und am Ende des Jahres waren 44 Hebammen freiwillig aus familiären Grüünden aus. Neu angestellt wurden vier Hebammen. Die gesundheitlichen Verhältnisse der Hebammen des Bezirks waren günstig. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der selben standen unter dem Druck des sich weiterziehenden Geldentwertung trog im allgemeinen ausreichender Beschäftigung und Anfang der Gebühren. Von den Hebammen wurden im Berichtsjahr neben 61 (44) Geburten bei 2510 (2784) Geburten Hilfe geleistet einschließlich 83 (44) Zwillingegeburten und 84 (82) Toxizitäten. Nicht voll aufgetragen wurde 32 (29) Kinder.

Über die Beschaffenheit der Nahrungsmittel im allgemeinen sind Klagen nicht laut geworden, und in den Bezugsgütekriterien derselben trat eine entscheidende Besserung am Schlüsse des Jahres ein, die praktisch aber bedeutungslos blieb wegen des Währungsverfalls. Wegen der nicht endenwollenden Klagen über Milchverfälschungen sind mit den von den Milchkontrollbeamten angestellten Milchkontrollbeamten im Einverständnis mit den Vereinen Verabredungen zwecks Kontrolls im Auftrage des Staates getroffen und in zwei Fällen bereits mit Erfolg durchgeführt worden.

Als Grundlage für die Durchführung der Lebensmittelkontrolle diente wie bisher die Ministerialverordnung vom 18. Juni 1921. In 170 Gemeinden wurden aus den 1188 Verkaufsstellen insgesamt 1511 Proben entnommen. Mit der Probeentnahme wurde wiederum eine Prüfung der Verkaufsstellen und verschiedenes Arbeitsstellen im Bezug auf Ordnung und Reinlichkeit sowie auf Einhaltung behördlicher Vorschriften verbunden. Von grundfester Bedeutung für die Lebensmittelkontrolle ist aber die Ministerialverordnung vom 28. November 1923, die eine Verstaatlichung und Übertragung der amtlichen Lebensmittelüberwachung an die beiden staatlichen Untersuchungsanstalten in Dresden und Leipzig unter Beifall der Reichspräsidenten ab 1. Juli 1924 vorsieht und die Ausfüllung der Verträge mit den beteiligten Gemeinden für den 30. Juni 1924 anordnet.

Sammel- und Genossenschaftsmolkereien bestehen im Bezirk 20. Die während und nach der Kriegszeit plötzlich aufgeblühten Sammelmolkereien wurden anlässlich der Revisionen seitens der Medizinal- und Veterinärpolizei durch einheitliches Inspektionsarbeiten gezwungen, die Einrichtungen ihrer Betriebe wesentlich zu verbessern und besonders in ihren hygienischen Einrichtungen den derzeitigen Ansprüchen anzupassen.

Die bei der Vornahme von Beaufsichtigung öffentlicher Wassererversorgungsanlagen gemachten Erfahrungen sind die gleichen wie früher, besonders auch hinsichtlich der Schwierigkeiten, die der Beaufsichtigung oder Umwandlung von Schöpfbrunnen entgegengestellt werden. Besichtigt wurden insgesamt 36 Anlagen, darunter zwölf ländliche Wasserleitungen; die an letzteren vorgefundene Mängel betrafen durchgehend Abdeckung der Schotte und Hochbehälter.

(Schluß folgt.)

■ Politische Rundschau ■

Der Österreichisch-Deutsche Volksbund.

Der Österreichisch-Deutsche Volksbund hielt seine diesjährige Bundesversammlung am 21. Juni im Reichstagsgebäude ab; er ist im Jahre 1918 auf Anregung des damaligen österreichischen Gesandten Professor Hartmann und namhafter deutscher Parlamentarier gegründet worden, um den Anschluß Österreichs an Deutschland zu fördern. Zur heutigen Bundesversammlung waren zahlreiche Delegierte von allen Gauen und Ortsgruppen des Bundes aus ganz Deutschland erschienen. In eingehender Beratung wurden die Richtlinien für die zukünftige Anschlußarbeit festgesetzt.

Gründung einer Nationalliberalen Reichspartei.

Im Reichstag tagte am Sonntag eine von etwa 100 Vertretern der Nationalliberalen Vereinigung besuchte Versammlung. Diese beschloß die Gründung der Nationalliberalen Reichspartei. Die zum Ausbau der Parteiorganisation erforderlichen Arbeiten sollen, insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehende Wahl in Preußen, unterzüglich in Angriff genommen werden. Es wurde sofort ein Organisationsausschuss aus 40 Mitgliedern gebildet und zum Vorsitzenden der Partei der Reichstagsabgeordnete Dr. Marek gewählt.

Beihilfe für Auslandskriegsgeschädigte.

Im Auslande kriegsgeschädigte Ausländerdeutsche, die wegen ihrer Schäden (Liquidations-, Gewalt- oder Russenschäden) im Entschädigungsverfahren mit auf Papiermark lautenden Reichsschäden anwiesen abgefunden worden sind, erhalten unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag von dem Reichsentwicklungsamt eine Beihilfe. Die Beihilfe wird in auf Goldmark lautenden und innerhalb zweier Jahre in vier Halbjahrsraten fälligen Reichsschäden anwiesungen "E" ausbezahlt. Der Antrag, dem die Papiermarkschäden beizufügen sind, ist bis spätestens zum 31. Juli 1924 einzureichen.

Rheinischer Provinziallandtag eröffnet.

Der rheinische Provinziallandtag wurde am Montag in Düsseldorf durch den Beauftragten des preußischen Staatsministeriums Ministerialdirektor Meissner eröffnet. Die Besatzungsbehörde hatte allen ausgewiesenen Abgeordneten für die Tagung vorübergehend die Einreise gestattet. Die Sitzung wurde von einem französischen Offizier überwacht. Reichsminister Jarres wurde zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Frankreich.

Um die Anerkennung der Sowjetrepublik habe ich der Nachricht über französisch-amerikanische Verhandlungen in der Frage der Anerkennung Russlands, die französische Regierung habe der Regierung der Vereinigten Staaten ihre Ansicht hinsichtlich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Russland mitgeteilt und ihr, sowie gewissen anderen Regierungen die Stelle der Regierungserklärung übermittelt, die sich darauf bezieht. Es finden also keine zu diesem Zweck besonders eingesetzten Verhandlungen zwischen Paris und Washington statt.

Italien.

Selbstgestellung Rossis. Cesare Rossi, vormaliger Leiter des amitischen Pressebüros, nach dem Polizei sabete, hat sich am Sonntag den Gerichtsbehörden gestellt.

Die Landtagswahlen in Anhalt.

Am Sonntag fanden in Anhalt die Landtagswahlen statt. Das vorläufige Ergebnis ist folgendes: Demokraten 602, Deutsche Volkspartei 6, Sozialdemokraten 64159, Bodenreformer 2974, Landbund 14241, Kommunisten 16226, Bölkisch-Soziale 7112, Bentreum 1932, Bauernbund 891, Deutschnationale 21127, Hausbesitz Stadt und Land 3591, Deutschsoziale 795, Hausbesitz und Gewerbe (Wirtschaftspartei) 5825.

Die Sitze im Landtag würden sich wie folgt verteilen: Demokraten 1, Deutsche Volkspartei 6, Sozialdemokraten 14, Bodenreformer 1, Landbund 3, Kommunisten 3, Bölkisch-Soziale 2, Deutschnationale 4, Hausbesitz Stadt und Land 1, Hausbesitz und Gewerbe (Wirtschaftspartei) 1.

Die einzelnen bürgerlichen Gruppen waren mit den beiden Hauptgruppen, der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen, eine Liste verbinden eingegangen, wodurch die einzelnen Reststimmen gegenseitig verrechnet wurden. Unter Berücksichtigung der starken Versplitterung läßt sich gegenüber der Reichstagswahl vom Mai folgendes feststellen: Die Deutsche Volkspartei gab erhebliche Stimmen an die Wirtschaftspartei und den Landbund ab. Die Stimmen des Landbundes kamen den Deutschnationalen zugute, mit denen er verbündet ist. Die Stimmen der Wirtschaftspartei fallen der Volkspartei durch Listenverbindung jedoch wieder zu. Die Sozialdemokraten behaupten ihren Sitzstand. Die kommunistischen Stimmen gingen um 6000, die Deutschnationalen um 2500 Stimmen zurück, die Demokraten blieben 4000 Stimmen ein.

Die Wahlbeteiligung war infolge des Umstandes, daß die Landtagswahlen so kurz auf die Reichstagswahlen folgten, erheblich geringer.

Mansfeld muß abbauen.

2000 Arbeiter entlassen.

Es bestätigt sich, daß die Mansfeld A.G. für Lupferberg sich gezwungen gesehen hat, einen, wenn auch kleinen Teil ihres Unternehmens, den Hermann-Schacht, zu verlieren. 2000 Arbeiter und Angestellte mussten entlassen werden. Wenige hundert können auf die anderen Werke verteilt werden.

Dem deutschen Eigentümer wird dies keine freudige Botschaft sein. „Mansfeld“ ist ihm ein vertrauter Name. Gehörten doch die Aktien dieses einzigartigen, ältesten und größten Kupferwerkes Deutschlands zu den „schweren“ Papieren, zusammen mit Phönix, Rheinmetall usw., die zu bekommen nicht leicht, die zu haben wertvoller Vermögens teil war. Aber das ist ja für die deutsche Wirtschaft nicht so wesentlich. Sehr wohl dagegen das Werk als solches. Mansfeld beschäftigt insgesamt weit über 20000 Arbeiter. Es war vor einiger Zeit in Schwierigkeiten geraten, als es keine Kredite erhielt, als die Frachtsätze steigen und der böse Frank nicht weiter fallen wollte. Die Regierung sprang ein. Unterstützte, ermöglichte die Frachtsätze — nur für Mansfeld! Es ging weiter. Nun sinken aber die Kupferpreise, die Wirtschaftslage wird nicht leichter. Der Hermannschaft muss geschlossen werden.

Mansfeld sieht der Schwerindustriegruppe Otto Wolff in Köln nahe. Warum nur die nichts? Etwa weil sie zu viel Geld unfehlbar nach Frankreich bringen müßte? Nein. Aber weil sie es nicht für nötig hält; weil sie weiß, daß die deutsche Regierung ein solches Werk nicht sterben lassen kann, daß sie ihm auf die großen Beine helfen muß, auch wenn es ihr noch so schwer fällt, den erschöpften Staatsfond zu ziehen. Mansfeld wird nicht verschwinden — vorläufig noch lange nicht. Das ist in seinen Grundmauern wahr, ist sein gutes Zeichen für die augenblickliche Stabilität der deutschen Industrie.

Vermischtes.

Eine Rattenau-Ariedote wird anlässlich der zweiten Wiederkehr des Tages, an dem Walter Rathenau in Berlin-Grünewald ermordet wurde (24. Juni) in einem Berliner Blatt erzählt: Auf der Konferenz in Genf u. führte Rathenau aus, daß die wirtschaftliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands weit geringer sei als die absolute. Der französische Delegierte warf ein, daß eine Unterscheidung verschiedener Arten von Zahlungsfähigkeiten unnötige Verwirrung stifte und nur zur Verschleierung des wahren Sachverhalts dienen könne. Hierauf erläuterte Rathenau seine Ausführungen folgendermaßen: „Ich habe ein Pferd und für dessen Fütterung sechs Sac Hafer. Mein Freund verlangt von mir, ich solle ihm meine Schafe mit dem Hafer bezahlen. Er will meine gesamten sechs Sac Hafer, denn das sei meine absolute Zahlungsfähigkeit. Ich will ihm aber nur einen Sac geben, sonst nur mein Pferd verkaufen; das ist meine wirtschaftliche Zahlungsfähigkeit. Das Pferd ist leider Deutschland. Sie aber, verehrter Herr, Sie sind mein Freund.“ Selbst die Belgier applaudierten.

Der Schmuck der wendischen Häuptlingsfrau. Ein großer Silberschatz aus der Wendenzzeit ist bei Blumenhagen in Mecklenburg-Strelitz gemacht worden. Wissenschaftliche Grabungen, die ange stellt wurden, nachdem man an einer Stelle eine Anzahl silberner Wendenpennige gefunden hatte, führten zur Entdeckung des vollständigen Silberschmucks einer wendischen Häuptlingsfrau. Der Schmuck besteht aus 19 Ohrringen, vier Haarschlingen, einer Kette, einer Filigranschur mit einem Kreuz, zwei Kreuzen, zwei Armbändern und einem silbernen Anhänger. Ohrringe und Haarschlingen sind Meisterwerke der Silberschmiedekunst. Auf einem der beiden Kreuze befindet sich eine roh gearbeitete Christusfigur, und deshalb wird diesem Fund eine besondere Bedeutung beigelegt. Die Figur stammt jedenfalls aus der ersten Zeit des Christentums in Mecklenburg. Der Fund wurde dem mecklenburgischen Landesmuseum überwiesen.

Wie man sich inzwischen die Amerikanerinnen vorstellt. Eine lustige Geschichte erzählt der Präsident der Tschechoslowakei, Masaryk, der kürzlich eine Reise durch Mähren unternahm, den Bewohnern des kleinen mährischen Ortes Kloobus, wo Masaryk nach seiner Heiratung eine Zeitlang lebte. Auf die Ansprache des Bürgermeisters erwiderte der Präsident: „Ich danke Ihnen, liebe Bürger von Kloobus, für Ihre Begrüßung. Hier in Kloobus habe ich zu Beginn meines Familienebens sehr glückliche Augenblicke verlebt. Ich erinnere mich, wie ich mit meinen jungen amerikanischen Frau das erste mal zu Ihnen auf Ferien kam. Es besuchte mich damals einer von den Bürgern und bat mich, ihm meine Frau zu zeigen, da er eine Reiterin noch nie gesehen habe!“